Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 14. bis 20 Okt. 150 Mill. Mk., durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Merkenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 26 Mill. Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkorte: Leipzig 1068 48, Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 30 Mill. Mk. | Mittwoch, den 17. Oktober 1923 | 3. Jahrgang Nr. 243

Verschärfter Ausnahmezustand in Sachsen

Frecher Vorstoß der Reaktion im Sächsischen Landtag — Die sächsische Landespolizei unter dem Befehl der Reichswehr — Bildung der kommunistisch-sozialdemokratischen Regierung in Thüringen — Hungerdemonstrationen in allen Ecken des Reiches — 24stündiger Generalstreik in Mannheim

(Eig. Drahtm.) Dresden, 17. Oktober.

Das Wehrkreiskommando erläßt eine Verordnung, in der es bestimmt, daß alle Befehlshaber der staatlichen und kommunalen Polizeiorgane, insbesondere die der Landespolizeikräfte, der ihm zum Schutze der Republik vom Reichspräsidenten übertragenen vollziehenden Gewalt seinem unmittelbaren Befehle unterstellt werden. Das Wehrkreiskommando droht ferner den sich widersetzenden Polizeibeamten die Amtsentsetzung an.

In Sächsischen Landtage wurde gestern die Aussprache über die Regierungserklärung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag verhandelt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Wirth erklärte im Namen der MSPD.-Fraktion, daß sie mit der Regierungserklärung einverstanden seien. Die Sozialdemokratie begrüßte ganz besonders den Ruf zur Anspannung aller proletarischen und republikanischen Kräfte, insbesondere aber den Entschluß der KPD. zur Mitarbeit. Die MSPD.-Fraktion verurteilt den verhängten Ausnahmezustand und das Verbot der proletarischen Hundertschaften. Die MSPD.-Fraktion fordert mit allem Nachdruck, daß diese Maßnahmen zurückgenommen werden.

Zwei bürgerliche Abgeordnete schimpften gegen Zeigner und das übrige Kabinett. Während die linken Abgeordneten die deutschnationalen Redner ziemlich ruhig anhörten, konnte der kommunistische Abgeordnete Siewert seine Rede infolge minutenlanger Störung durch die Bürgerlichen nicht ausführen. Im Verlaufe seiner Rede entzog der deutschnationale Vizepräsident nach dreimaligem Ordnungsruf dem Abgeordneten Siewert das Wort. Die Mehrzahl der Abgeordneten erteilten ihm aber die Berechtigung zum Weitersprechen. Er erklärte, daß mit allen Mitteln der Generalstreik vorbereitet werden müsse. Zum Schluß ergriff Ministerpräsident Zeigner das Wort und führte aus: „Die Machtmittel des Staates, das Militär und der Beamtenapparat, hätten versagt. Aus diesem Versagen heraus resultiert der Kampf gegen den Reichswehrminister und deswegen treibe die Sächsische Regierung eine durchgreifende Personalpolitik. Der Ausnahmezustand wende sich nur gegen links. Durch den Entzug der Landes- und Ortspolizei sei der Reichskommandeur Müller zum Herr in Sachsen ernannt. Die Sächsische Regierung aber werde auf ihrem Wege weitergehen. Die Hundertschaften seien im Notzustand hervorgerufen, durch die antirepublikanischen Banden in Bayern notwendig wurden.

Im Verlaufe der Rede wurde Zeigner vom Vizepräsidenten zur Ordnung gerufen.

In den Städten Sachsens und den Betrieben und der übrigen Bevölkerung herrscht eine starke Erregung über das brutale Vorgehen des Reichswehrkommandeurs. Die Hundertschaften bleiben trotz alledem auf ihrem Posten. Die Stimmung unter der Polizei ist ebenfalls für die Sächsische Regierung und gegen die Maßnahmen des Reichswehrkommandeurs.

*

Der Weiße General versucht der sächsischen Regierung die Gewalt aus den Händen zu nehmen. Er pfeift selbst auf die Bestimmungen des Ausnahmezustandes, indem er den Zivilkommissar als nicht ernannt betrachtet. In Bayern ist es umgekehrt. Da pfeift der Generalstaatskommissar Kahr auf den Reichswehrgeneral und keine Regierung wagt es, in die bayrische Rebellion einzugreifen. Die Reichsregierung läßt erklären, daß sie „unter allen Umständen dafür Sorge tragen wird, daß die Durchführung verfassungs- und gesetzmäßiger Zustände gewährleistet wird", d. h. mit anderen Worten, sie hat dem Müller die Maßnahmen diktiert, sie hat die Einreihung des „Stahlhelms" in die Reichswehr befohlen, sie führt den Anarsff gegen Sachsen und Thüringen, das sich gestern eine kommunistisch-sozialdemokratische Regierung gegeben hat. Offen droht Müller schon den Einsatz von Truppen gegen die proletarischen Hundertschaften an. Für die Arbeiterschaft ganz Deutschlands heißt es jetzt:

Alle Mann an Deck, alle Kräfte angespannt und alle Vorbereitungen zum entscheidenden Abwehrkampf gegen Generalsdiktatur und Stinnes-Programm getroffen.

Die Verzweiflung der Hungernden

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Oktober.

Am Dienstagvormittag gegen 10 Uhr bewegte sich ein Zug von mehreren tausend Erwerbslosen von Neukölln in die Stadt. Während dem Marsch durch die Stadt schlossen sich immer mehr Kurzarbeiter und Erwerbslose an. Sie forderten die Bewilligung einer Wirtschaftshelfe von 10 Milliarden, Brot, Holz, Kohlen und Fett, sowie sofortige Verabreichung von Speisen und Unterbringung der Wohnungslosen. In der Nähe des Rathauses wurde der Weitermarsch, trotzdem die Demonstrierenden auf den Trottoirs marschierten, durch Sperrketten der Schutzpolizei aufgehalten. Kaum war die Demonstration zum Stillstand gekommen, knallten die ersten Schüsse. Die Schutzpolizeibeamten gingen in rüchsichtsvoller Weise gegen die Demonstranten vor. Die Offiziere aber trieben die Mannschaft mit gezogenem Degen vor.

Bei den Verhandlungen mit den Schutzpolizeibeamten erklärten diese, daß auch ihre Familien Not leiden, die Offiziere von ihnen aber die Aufrechterhaltung der Ordnung durch Anwendung der Waffe fordern.

An den Absperrungsstellen in der Umgebung des Rathauses kam es im Laufe des gestrigen Nachmittags zu Massenansammlungen und teilweisen Durchbrüchen arbeitsloser Frauen und Männer. Hunderte von jungen Mädchen und jungen Leuten sammelten sich vor dem Tor in der Königstraße. Anrückende Verstärkungen vermochten die Masse nur unter äußersten Schwierigkeiten zu zerstreuen. Die meisten der Demonstranten blieben stehen und sagten: „Verhaften Sie uns nur! Wir haben Hunger! Wir gehen nicht vom Fleck!" Die Schupo schritt dann in der Tat zu Massenverhaftungen. Ein typisches Bild der Gegend um das Rathaus sind Autos mit Schupoleuten und Dutzenden Verhafteten.

Hungerkrawalle in Leipzig

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 17. Oktober.

In Leipzig haben Lebensmittelkrawalle stattgefunden. Die Lebensmittelkrawalle wurden durch die hohen Preise, die in den Markthallen verlangt wurden, provoziert. Die Polizei griff sehr scharf zu, ohne aber von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Die Markthallen sind zeitweise geschlossen.

*

Teuerungsunruhen im ganzen Reich

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Oktober.

Teuerungsunruhen fanden außer in Berlin auch in Mannheim, Köln und Ostpreußen statt. In der Stadt Ortelsburg kam es zu Teuerungsdemonstrationen, in die ebenfalls die Polizei eingriff.

*

Von Verordnungen kann der Mensch bekanntlich nicht leben. Die für Deutschlands „Ordnung" Verantwortlichen haben seit drei Wochen täglich verordnet, angeordnet, befohlen!

Seit drei Wochen herrscht in Deutschland verstärkt der Geist des großen Hauptquartiers. Die kapitalistischen Vampire, die Industriekönige, sie glauben nicht an die Macht der parlamentarischen Regierung, sie glauben nicht an das Gebet zu dem Christengott, sie haben angeordnet, daß der Generaldegen, die kalte, mordende Waffe, ihre Ordnung aufrechterhalten soll.

Die Junker, die Aktienkönige und die Offiziere, die am gefüllten Fleischtopf, am überschäumenden Sektglas sitzen, höhnen über die durch Hunger und Kälte auf die Straße Getriebenen.

Die Erwerbslosendemonstrationen, die bis jetzt einzeln, lokal isoliert stattgefunden haben, retten die Arbeiterklasse nicht vor ihrer Not.

Zwei Tote und sechs Verwundete sind die Opfer in Berlin. In anderen Städten ebenfalls eine größere Anzahl von ermordeten und verletzten Arbeitern.

Wo bleiben die Kontrollausschüsse?

Was machen die Gewerkschaften?

Nur dann, wenn in allen Städten die Erwerbslosenfrage durch die gemeinsamen Aktionsausschüsse geleitet wird, nur wenn alle Städte durch den gemeinsamen zentralen Aktionsausschuß ihren Kampf gleichzeitig führen, kann ein Erfolg für die Hungernden erzielt werden.

Die Aktionsausschüsse müssen mit der Schutzpolizei in Verbindung treten. Einzelne Plünderungen nützen nichts. Sie geben nur Anlaß, daß die Weiße Justiz die Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter in Anwendung bringen kann.

Die Beseitigung des Hungers und der Erwerbslosigkeit ist eine politische Machtfrage. Die Kräfte, die Demonstrationen der Arbeitslosen müssen dem großen Ziel: **Schaffung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung**, dienen.

Um den Reichs-Betriebsrätekongreß

An die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ADGB., AfA. und ADB.

Werte Kollegen!

Angesichts der ungeheuren Gefahr, in der sich die gesamte deutsche Arbeiterschaft befindet und die auch durch den Aufruf der drei Spitzenorganisationen gekennzeichnet ist, wendet sich der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte an Euch zwecks Herstellung einer gemeinsamen Kampffront gegen die Reaktion.

Aus den verschiedensten Orten und Bezirken liegen Anträge von Belegschafts- und Betriebsräte-Versammlungen, so auch von dem kürzlich stattgefundenen Betriebsrätekongreß Großthüringens, vor zwecks Einberufung eines Reichs-Betriebsrätekongresses. Der Ernst der Situation, in der sich das gesamte Proletariat befindet, fordert, daß **alle revolutionären Kräfte zusammengefaßt werden müssen und zu einer Einheitsfront gegen die Reaktion formiert werden.** Wir wenden uns in der Stunde höchster Gefahr noch einmal an Euch und schlagen Euch vor, **in kürzester Frist mit uns gemeinsam einen Reichs-Betriebsrätekongreß einzuberufen** und von diesem die notwendigen Kampfmaßnahmen beschließen zu lassen.

Wir glauben, nicht besonders auf die Notwendigkeit dieser Maßnahmen hinweisen zu brauchen und ersuchen Euch, uns umgehend Mitteilung über den von uns gemachten Vorschlag zugehen zu lassen.

Mit proletarischem Gruß

Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.

Die Reichsexekutive gegen Sachsen beginnt

Was Bayern tut, ist wohlgetan, so denkt die Reichsregierung. Und sie denkt weiter: was die Generale tun, denen wir die ganze Macht in die Hände gelegt haben, ist gleichfalls wohlgetan. Der Herr General Müller, der Befehlshaber für Sachsen, verbietet die Bildung oder den Zusammenschluß von Aktionsausschüssen, Abwehrausschüssen und allen ähnlichen Organisationen, soweit sie von Arbeitern zum Schutze der Republik gegründet worden sind, und er befiehlt die Ablieferung von Waffen, natürlich nur derjenigen, die sich in den Händen republikanischer Arbeiter befinden. Und was der Herr General Müller für Sachsen anordnet, das befiehlt der nicht minder tüchtige General Reinhardt für seinen Wehrkreis, der nicht nur Thüringen mit Erfurt, sondern auch Hessen-Nassau, Waldeck, Württemberg und Baden umfaßt. Auf einen Zivilkommissar braucht so ein General natürlich nicht zu hören. Es ist ihm dabei sehr gleichgültig, ob zum Beispiel der sozialdemokratische Abgeordnete Meier in Sachsen dazu in Aussicht genommen ist, ob er bereits ernannt wurde oder ob sonst irgendein Strohhalm ihm dabei in den Weg gelegt wird. Die Reichsregierung ist ja längst kirre, und so erklärt sie denn auch mit besonderer Beflissenheit, daß sie den militärischen Befehl auf Auflösung der Hundertschaften für rechtsgültig betrachtet — mag die sächsische Regierung mit noch so gutem Grunde protestieren.

Die Reichsregierung in ihrer gegenrevolutionären Beflissenheit tut aber noch ein Besonderes und erklärt, daß sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Sachsen die Wehrmacht in Sachsen verstärken werde. Die Herren Reichswehrkommandeure haben dies ohnedies schon durch Auffüllung der Kaders mit den Angehörigen der illegalen Verbände, der sogenannten „Schwarzen Reichswehr", in üppiger Weise getan. Man verbietet den sächsisch-thüringischen Betriebsrätekongreß und will nun die Arbeiter zu Paaren treiben.

Das Regierungsblatt, die Stresemannsche „Zeit", kann bereits triumphierend schreiben, daß die „sächsische Sowjetfiliale" nicht geduldet werde und daß die Reichsregierung „keine Auflehnung gegen die Reichsgewalt dulde". Ach, diese Reichsregierung! Sie betont ihr scharfes Eingreifen gegen Sachsen, wo eine Politik im Interesse des arbeitenden Volkes unter keinen Umständen geduldet werden soll und läßt in Bayern alles geschehen, was dort die verfassungswidrige Kahr-Diktatur gegen das Reich, gegen die Republik und gegen das Proletariat unternimmt. Selbst der demokratischen „Vossischen Zeitung" ist dieses Doppelspiel zu bunt. Sie schreibt: „Was Kahr-Bayern billig ist, kann Sowjet-Sachsen (!) nicht verwehrt werden. Wenn ein Vertreter der Reichsgewalt in Sachsen zum Schutze der Rechtsordnung, der Gesellschaftsordnung und der Reichseinheit tiefgreifende Anordnungen trifft, so muß dasselbe Recht auch in Bayern anerkannt werden. Sonst könnten sich Zeigner, Böttcher und Heckert mit Grund beschweren."

Ja selbst der „Vorwärts" kann nicht umhin, sich über dieses Doppelspiel zu entrüsten. Hat er ein Recht dazu? Er setzt eine große Schlagzeile an die Spitze seiner Ausgabe vom Montag abend: „Der Belagerungszustand unhaltbar." Wer hat denn aber den Belagerungszustand verhängt und mit einem Schein parlamentarischen Rechtes umkleidet? Dieselben Sozialdemokraten, die der Reichsregierung der Schwerindustrie und der Militärkamarilla die diktatorische Gewalt in die Hände gespielt haben. Daß jetzt Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und andere Länder, in denen Sozialisten mit regieren, die Folgen des Ausnahmezustandes zu ertragen haben, mag nun der „Vorwärts" einen „unhaltbaren Zustand" nennen, aber er wird seine schwere Mitschuld damit nicht aus der Welt schaffen können, zumal die Sozialdemokratie eben noch die Gelegenheit bewußt durchkreuzt hat, durch Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes eine andere Politik von unten auf zu schaffen.

Seine verräterische Haltung sucht das sozialdemokratische Zentralorgan zu bemänteln, indem es noch heute erklärt, „daß nur der Weg über den Reichsausnahmezustand zu einer Reinigung in Bayern führen könne". Wie aber sieht es damit aus? Kahr-Bayern pfeift auf jegliche Verordnungen der Reichsregierung. Es verhindert nicht nur die Verhaftung der gefährlichsten antirepublikanischen Bandenführer, die Ehrhardt und Rossbach, die nach einem abgekarteten Spiel nach Bayern entweichen konnten, um von dort aus den Aufmarsch gegen die Republik und die Arbeiter zu leiten. Das Reich kann nicht einmal die Abberufung des von ihm selbst Herrn von Kahr an die Seite gestellten Generals von Lossow durchsetzen, der weder gewillt noch in der Lage ist, den bewaffneten Banden Kahrs und Hitlers entgegenzutreten und die angeblich eindeutigen Befehle der Reichsregierung einfach unbeachtet läßt, wie im Falle des verbotenen und dennoch wieder erschienenen „Völkischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231017-12/fragment/page=0001

Beobachters". Der bayrische Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft wird von dem in seinen Ausführungen natürlich gleichfalls gegen das Proletariat gerichteten Reichsbelagerungszustand einfach gar nicht berührt. Der „Vorwärts" kreibt einen jämmerlichen Mumpitz zur Täuschung der Arbeiterschaft, wenn er jetzt über die Unhaltbarkeit des Belagerungszustandes greint. Er schreibt kein Wort über die Notwendigkeit der proletarischen Abwehraktion der kampfbereiten Einheitsfront der Arbeiterklasse. Er sieht es kommen, daß infolge der ungeheuren Not wie in Berlin, so in allen Städten die „Notstandskrawalle" immer größeren Umfang annehmen und unter dem Belagerungszustand mit entsetzlichen Strafen der Weißen Ausnahmegerichte belegt werden. Aber die bayrischen bewaffneten Nationalsozialisten könnten getrost durch das Land ziehen, ohne das Lossow ihnen Revolver oder ein Maschinengewehr abnimmt.

Wie lange das noch dauern soll? Nun, solange eben eine nach der Taktik des „Vorwärts" orientierte sozialdemokratische Führerpolitik die von unten auf wachsende proletarische Einigung sabotiert, wie es bis zur Stunde noch in Berlin, Hamburg und Thüringen leider möglich war. Oder auch nicht einmal solange. Denn ohne Rücksicht auf die Widerstände und Verschleppungsmanöver sozialistischer Bonzenpolitik haben wir überall, grade unter der Säbel- und Wirtschaftsdiktatur der Bourgeoisie, den kampfentschlossenen Zusammenschluß des Proletariats erlebt. Der Widerstand des werktätigen Volkes ist der letzte Rettungsversuch, auch nur das nackte Leben zu behalten. Haben doch die Generale bereits die Hungerblockade über Sachsen verhängt, indem sie die Ausfuhr von Kartoffeln aus den Nachbargebieten nach Sachsen verboten. (Das Wehrkreiskommando in Berlin hat sogar den sozialistischen Abstinenten die Verbreitung von Handzetteln verboten, in denen das Alkoholverbot und die Heranschaffung von Lebensmitteln für das hungernde Volk gefordert wurde.) **Aber jetzt erst recht muß der Widerstand zur Rettung des werktätigen Volkes organisiert werden.** Wenn es in Bayern so ist und auch von den höchsten Rechtsstellen anerkannt wird, dann muß eben auch in Sachsen Landesrecht das Reichsrecht brechen. Das „Berliner Tageblatt" ist ganz konsequent, wenn es voraussieht, daß analog den bayrischen Verhältnissen der Generalleutnant Müller einem sächsischen Staatskommissar unterstellt und die Befehle des Reichswehrministers an die sächsische Reichswehr für ungültig erklärt werden könnten. Das ist um so wichtiger, **als ja nach den neuesten Erklärungen der Reichsregierung die Reichswehr zum Anmarsch und zum Dreinschlagen gegen das sächsische Proletariat bereit steht und der Befehl vielleicht jründlich zu erwarten ist.**

In bayrischen Regierungskreisen droht man bereits öffentlich an, daß auch jede weitere auf Grund des Ermächtigungsgesetzes herausgegebene Reichsverordnung ebenso wie die Republik-Schutzgesetze durch bayrische Verordnung außer Kraft gesetzt würden. Die sächsische Regierung ist nicht minderen Rechts und wird in ihren Befugnissen noch stärker sein, da sie sich **nicht nur auf die gesammelte Kraft des sächsischen Proletariats, sondern auf die Arbeiter ganz Deutschlands verlassen kann, die zum Schutze des proletarischen Sachsens gerüstet und bis zum äußersten entschlossen sind. Die Exekutive gegen Sachsen ist das Kampfsignal für das deutsche Proletariat.**

Die Entscheidungsstunde ist da!

24stündiger Generalstreik in Mannheim

(Eig. Drahtm.) **Mannheim**, 17. Oktober.

In Mannheim waren am Montag große Erwerbslosenunruhen. Die Erwerbslosen haben bisher nur eine Unterstützung von 500 Millionen bis eine Milliarde erhalten. Sie forderten eine Nachzahlung. Die Stadtverwaltung erklärte sich außerstande, sie zu bewilligen. Am Montagnachmittag kam es zu Zusammenstößen. Die Polizei räumte erst einmal den Rathausplatz, auf dem die Demonstranten sich aufhielten. Später kam es in der Neckar-Stadt zu Plünderungen einzelner Geschäfte, wo Polizei eingriff. Am Montag gingen die Schießereien bis in die späte Nacht hinein. **Ein Arbeiter ist tot**, verschiedene verwundet. Am Dienstag gingen die Ansammlungen auf der Straße fort. Unter der Bevölkerung herrscht große Erregung. Besonders auch deshalb, weil der Vorstand des Bauernvereins die Landwirte aufforderte, **für einen Zentner Kartoffeln vier Goldmark zu nehmen.** Am Dienstag zog die Polizei durch die Straßen in geschlossenen Ketten und schlug mit Gummiknüppeln und blanken Waffen alles, was in den Weg kam, nieder. Auf dem Marktplatz wurde scharf geschossen. Es wurde wiederum **ein Arbeiter und ein Polizeiwachtmeister erschossen.** Am Dienstag tagte während der Demonstration die Betriebsrätevollversammlung im Rathaus. Als diese zu Ende ging und die Teilnehmer sich aus dem Rathaus entfernten, wurden sie von der Polizei mit Gummiknüppeln bearbeitet. Gegen dieses Verhalten ist in Mannheim der 24stündige Generalstreik beschlossen worden. Von heute 10 Uhr an beginnt der Generalstreik.

Alarmruf an die Spitzenorganisationen

Halle, 17. Oktober.

Nachstehender Mahnruf wurde heute von den unterzeichneten Bezirksausschüssen an ihre Spitzenorganisationen abgesandt:

Die unterzeichneten freigewerkschaftlichen Bezirksorganisationen des Bezirks Halle-Merseburg (ADGB., Afa. und AbB.) fordern von ihren Spitzenorganisationen sofortige Einwirkung auf die Reichsregierung im Sinne einer weitgehendsten Beschlagnahme der reichlich vorhandenen Lebensmittelbestände. Die Verzweiflung der fast aller Zahlungsmittel entblößten Lohn- und Gehaltsempfänger ist so groß, daß mit großen Unruhen zu rechnen ist, wenn nicht schleunigste Maßnahmen getroffen werden, die die Existenzmöglichkeit eines jeden gewährleisten.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirksausschuß Halle-Merseburg: Fiedler.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Bezirkskartell Provinz Sachsen: Künne.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Bezirksausschuß Halle-Merseburg: Müller.

*

Dieser Ruf ist auch an die sächsische und thüringische Regierung abgesandt worden. Die Kommunistische Partei begrüßt diesen Schritt der gewerkschaftlichen Bezirksausschüsse und wird ihn mit allen Schritten unterstützen.

Indessen müssen jetzt selbst die städtischen Behörden sich an die Regierung wenden. Im Mansfelder Land ist durch die Alleinherrschaft der Mansfeld A.-G., die Tausende von Arbeitern aufs Pflaster geworfen hat, die Not besonders groß. Der Magistrat hat deshalb folgendes Bitt-Telegramm an die Reichsregierung gesandt:

Eisleben, 13. Oktober.

„In der Stunde äußerster Not wendet sich der Magistrat der Stadt Eisleben an die Reichsregierung mit der Bitte, von der durch das Ermächtigungsgesetz gegebenen Vollmacht unverzüglich vollsten Gebrauch zu machen, da nur so schlimmster Katastrophe vorgebeugt werden kann. Sämtliche Arbeitnehmer des Mansfelder Landes sind infolge der plötzlichen Teuerung, Absatzstockung industrieller Produkte und fast unüberwindlicher Ernährungsschwierigkeiten in verzweifelter Lage. Handel und Gewerbe stehen infolge der sich überstürzenden, wahnsinnigen Geldentwertung vor ihrer Vernichtung.

Wir bitten daher:

1. **Um schleunigste Durchführung der von der Reichsregierung bereits geplanten Brotverbilligungsaktion,**
2. **um eine großzügige Kreditaktion des Reiches für Beschaffung von Kartoffeln, Milch und sonstigen Lebensmitteln, sowie von Heizmaterial,**
3. **um sofortige Zurverfügungstellung von Lebensmitteln für das Mansfelder Industriegebiet.**

Der Magistrat hat sich am heutigen Tage in später Sitzung auf Grund der sich überstürzenden wirtschaftlichen Lage mit obenstehendem Hilferuf an die Reichsregierung gewandt.

Es ist ihm bereits gelungen, zur Steuerung der Not für die allerbedürftigsten Kreise der Bevölkerung und für die nächste Woche sich mit Brotgetreide im Werte von 250 Milliarden zur Brotverbilligung einzudecken. Ein bescheidener Anfang zur Linderung der Not ist den beschränkten Mitteln der Stadt entsprechend hiermit gemacht.

Der Magistrat hofft zuversichtlich, daß die Landwirtschaft auch zu ihrem Teil zur Besserung und Verbilligung der Ernährung beitragen wird.

gez. Clauß.

*

Die Hoffnung des Eisleber Magistrats, daß die Landwirtschaft ihren Teil beitragen wird, wird zunichte werden. Ja, wenn Clauß Dollars zum Bezahlen hätte. So sehr der Schritt des Magistrats zu begrüßen ist, er wird solange keinen Erfolg haben, ehe nicht die hungernde Bevölkerung die Ernährungsfrage selbst löst, ehe also die hungernde Bevölkerung die politische und wirtschaftliche Macht im Staate nicht selbst übernimmt.

Eine ganze Belegschaft wegen Forderung der tariflichen Abmachungen entlassen

Halle, 17. Oktober.

Die Firma Kathe hat die gesamte Belegschaft entlassen, da der Betriebsobmann eine Sitzung mit der Werksleitung verlangte, um über die Auszahlung der Vorschüsse zu verhandeln, die am Montag in Magdeburg in der Metallindustrie vereinbart wurden. Kathe hat Schupo alarmiert, um die Arbeiter mit Gewalt aus dem Betrieb zu jagen.

*

Das ist die Antwort der Unternehmer auf die neue Stresemann-Verordnung über die Durchführung der Demobilmachungsbestimmungen.

Die hallischen Bauarbeiter zum Kampf entschlossen

Die am Dienstag tagende Mitgliederversammlung der Baugewerkschaft Halle hat einstimmig beschlossen:

„Die hallischen Bauarbeiter sind sich des ungeheuren Ernstes der politischen Lage bewußt und erkennen die Gefahren, die dem Proletariat durch das freche Auftreten der Reaktion drohen. Sie fordern einmütig:

1. **Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.**
2. **Entwaffnung der konterrevolutionären Kampfverbände.**
3. **Beseitigung der konterrevolutionären Offiziere und Generale der Reichswehr und der Schupo.**
4. **Bewaffnung des Proletariats und Organisierung proletarischer Hundertschaften.**
5. **Kampf gegen die diktatorischen Maßnahmen der Regierung durch Ermächtigungsgesetze usw.**
6. **Sofortige Einberufung eines Reichsbetriebsräte-Kongresses.**
7. **Vorbereitung zum Generalstreik zur Durchführung dieser Ziele.**

Arbeiterorganisationen gegen Plünderungen — für Erfüllung der Erwerbslosenforderungen

(Eig. Drahtm.) **Gelsenkirchen**, 17. Oktober.

Um nutzlose, die Kräfte des Proletariats zersplitternde Plünderungsaktionen zu verhindern, haben die drei sozialistischen Parteien in Gelsenkirchen folgenden Aufruf bekanntgegeben:

„Volksgenossen!

Die proletarischen Parteien haben sich in gemeinsamer Kampffront zusammengefunden, um die proletarischen Interessen gegenüber allen Feinden des Proletariats mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Es gilt, höchste Kampfbereitschaft für die Erhaltung des Achtstundentages, die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Rechte der Arbeiter, die Erhaltung der Existenz der Arbeitenden, sowie der Erwerbslosen.

Kampf gegen die separatistischen Bestrebungen. Kampf gegen die Reaktion in jeder Form. Die Arbeiterschaft des besetzten Gebiets fühlt sich auf Gedeih und Verderb mit den Arbeitsbrüdern im Reiche verbunden.

Es lebe die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse!

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Kommunistische Partei Deutschlands,
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands."

Die blaue Polizei, die zu dieser Sitzung geladen und erschienen war, gab die Erklärung ab, die separatistische Bewegung nicht zu unterstützen. Zur Bildung eines Aktionsausschusses ist es noch nicht gekommen, da die einzelnen Parteien noch darüber mit ihren Funktionären Rücksprache nehmen wollten.

Kommunistisch-sozialistische Regierung in Thüringen

Weimar, 17. Oktober.

In der gestrigen Sitzung des Thüringer Landtags gab der Abgeordnete Knaier (Soz.) folgende Ministerliste bekannt: Inneres Staatsminister Hermann (Soz.), Finanzen Hartmann (Soz.), Justiz Oberlandesgerichtsrat Dr. Korsch (Komm.), Volksbildung Greil (Soz.), Wirtschaft Tenner (Komm.). Im Namen der vier bürgerlichen Parteien protestierte der Abgeordnete Dr. Neumann (D. Vpt.) gegen diese Ministerliste. Abgeordneter Fröhlich (Soz.) begrüßte den Schritt der Kommunisten, an der Regierung teilzunehmen und erklärte, daß seine Partei alles tun werde, um den Ausnahmezustand baldigst zu beseitigen. Die vorgeschlagene Ministerliste wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 28 Stimmen der vereinigten Linksparteien gegen 24 der Bürgerlichen angenommen.

Zentraler Aktionsausschuß für Südthüringen

(Eig. Drahtm.) **Suhl**, 17. Oktober.

In allen größeren Orten Thüringens sind Aktionsausschüsse gebildet worden. Man wählte jetzt eine zentrale Leitung, von der aus über ganz Südthüringen die organisatorischen und agitatorischen Aufgaben geleitet werden. Der Zentralaktionsausschuß hat seinen Sitz in Suhl. Die Mobilisierung der Massen in den Betrieben macht unter gemeinsamer Leitung überall gewaltige Fortschritte.

Kahr verbietet die Kommunistische Jugend

München, 17. Oktober.

Nach einer Meldung der amtlichen Korrespondenz Hoffmann wird durch Verordnung des Generalkommissars allen Schülern öffentlicher und privater Schulen die Teilnahme an kommunistischen Vereinigungen und Veranstaltungen verboten. Die bestehenden kommunistischen Jugendvereinigungen werden aufgelöst. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis geahndet, neben dem auf Geldstrafe in unbegrenzter Höhe erkannt werden kann. Gleiche Strafe ist angedroht allen Eltern, Pflegeeltern, Vormündern, Dienst- oder Lehrherren.

*

Die Auflösung der KJ. ist der Auftakt zum Verbot der Kommunistischen Partei. Der mitteldeutsche Rote Block wird diesen Schlag gegen die Arbeiterschaft mit der Auflösung der sozialistischen Organisationen beantworten müssen.

Die täglichen Zeitungsverbote

Die „Tribüne" erneut auf 14 Tage verboten

Kein Tag ohne Verbot der kommunistischen Zeitungen. Gestern erließ der Wehrkreiskommandeur Müller folgende Verfügung:

„Die Herstellung und der Vertrieb der „Tribüne", Organ der Kommunistischen Partei in Magdeburg, wird hiermit erneut und zwar auf 14 Tage verboten. Von diesem Verbot werden auch alle etwa unter einem anderen Namen oder in anderer Form erscheinende Fortsetzungen dieser Zeitung umfaßt. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot, der Anreiz oder die Aufforderung zu Zuwiderhandlungen wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.

Die schon einmal auf acht Tage wegen Anreizung zum Klassenhaß verboten gewesene Zeitung hat bereits in ihren ersten Nummern 232 bis 238 vom 12. Oktober 1923 wiederum in einer den öffentlichen Frieden störenden Weise aufgehetzt, in dem sie von dem von der Regierung verhängten Ausnahmezustand sagt:

„Die großkapitalistisch-militärische Diktatur zur blutigen Niederwerfung der Arbeiterklasse ist auf dem Marsche" und die Arbeiter zur Organisierung der Massenabwehr auffordert.

In weiteren Artikeln werden die Arbeiter aufgefordert, aus jeder Fabrik eine Burg, eine Kaserne, eine Waffe zu machen, wozu Schriften über den Bürgerkrieg zum Bezug empfohlen werden.

Mit der Durchführung dieses Verbotes wird hiermit das Polizeipräsidium in Magdeburg beauftragt, das unmittelbar darüber Bericht zu erstatten hat, sowie über die Innehaltung der Verbotsfrist.

Der Befehlshaber im Wehrkreis IV.
(gez.) Müller, Generalleutnant."

Mit einer ähnlichen Begründung wurden der „Kämpfer" in Chemnitz und das „Gothaer Volksblatt" ebenfalls auf 14 Tage verboten. Damit sind zurzeit 29 kommunistische Zeitungen in Deutschland verboten.

Das Verbot der „Deutschen Zeitung" aufgehoben

Der Reichswehrminister Geßler hat, wie die „Deutsche Zeitung" triumphierend berichtet, das Erscheinen dieses deutschvölkischen Blattes von heute an wieder gestattet.

Das völkische Organ erscheint wieder (das übrigens nur einen Tag verboten war). Die „Rote Fahne" aber bleibt weiter verboten, die übrige kommunistische Presse wird verboten.

Unter der Militärdiktatur wird die kommunistische Presse aufs schärfste verfolgt und stillgelegt. Faszistische Organe aber erfreuen sich des besonderen Wohlergehens und Schutzes des Militärdiktators.

Das ist der Sinn des Ausnahmezustandes.

Poincaré denkt nicht an die Räumung des Ruhrgebiets

Essen, 17. Oktober.

Die Besatzungsbehörde richtet sich gegenwärtig für einen Daueraufenthalt in Essen ein. Nachdem bereits eine größere Anzahl von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Hotels und Privatwohnungen beschlagnahmt worden sind, ist nunmehr an das Besatzungsamt Essen der Antrag auf Bereitstellung von 310 Wohnungen gerichtet worden. Jede einzelne Wohnung muß vollständig möbliert sein und Küche und Mädchenzimmer umfassen. Das Besatzungsamt muß auch für Heizungsmaterial und für Beheizung Sorge tragen. Außerdem sind Stallungen für 380 Pferde angefordert worden. Da nicht genug Stallungen vorhanden sind, ist die Stadtverwaltung genötigt, Neubauten aufzuführen.

Will Deutschland Rußland brüskieren?

O. E. **Moskau**, 15. Oktober.

Die Presseabteilung des Volkskommissariats des Auswärtigen hat der Sowjetpresse eine ausdrücklich als offiziell bezeichnete Erklärung übermittelt, die zu den bekannten Mitteilungen des „Vorwärts" über die Waffenfunde in Berlin Stellung nimmt. Die Erklärung polemisiert gegen die daran geknüpften Schlußfolgerungen über eine Beteiligung von Angestellten der Sowjetvertretung an dieser Angelegenheit. Der Sowjetbotschafter Krestinski habe beim ersten Zusammentreffen mit deutschen Regierungsvertretern darauf hingewiesen, daß die Sowjetvertretung eine rechtzeitige Orientierung hätte erwarten dürfen, wenn die deutsche Regierung ein illoyales Verhalten irgendeines Angestellten der Botschaft vermutete; die Botschaft würde dann sofort alle entsprechenden Schritte unternommen haben. Statt dessen sei die Mitteilung im „Vorwärts" erschienen, die sehr geeignet gewesen sei, die öffentliche Meinung gegen die Sowjetbotschaft aufzubringen. Die offizielle Erklärung knüpft daran den Vorwurf, die Sowjetregierung hätte fast zwei Wochen gewartet, in der Hoffnung, die Reichsregierung werde von den verleumderischen und für die freundnachbarlichen Beziehungen gefährlichen „Vorwärts"-Meldungen abrücken, doch sei dies leider nicht geschehen. So entstehe der Eindruck, daß die Reichsregierung eine Kampagne gegen die Sowjetvertretung gewissermaßen hervorgerufen habe. Die loyal auf dem Boden des Rapallovertrages stehende Sowjetregierung hoffe, daß eine solche Vermutung sich nicht bestätigen werde. Mit dieser Erklärung greift die Sowjetregierung den Ergebnissen der von den deutschen Behörden eingeleiteten Untersuchung in auffallender Weise vor.

*

Das Verhalten der Stresemann-Regierung Rußland gegenüber ist ziemlich eindeutig. Die Regierung brüskiert die russische Botschaft und gibt nicht bewiesene Vermutungen an den „Vorwärts" weiter und trotzdem die russische Botschaft sofort die aufsehenerregende Meldung des „Vorwärts" dementiert, läßt die Regierung die Botschaft fast zwei Wochen ohne jede Erklärung. Das Verhalten der deutschen Regierung liegt in der Linie des Angriffs des internationalen Kapitals gegen Sowjet-Rußland. Die internationale Arbeiterklasse wird jeden Angriff gegen Sowjet-Rußland mit allen Mitteln abzuwehren wissen.

Der aufblühende russische Export-Handel

Moskau, 15. Oktober.

Die neu gebildete russisch-österreichische Handelsgesellschaft versendet nach Oesterreich große Posten Getreide, Naphtha und Rohstoffe.

Herr Stresemann dementiert. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von einigen Zeitungen wiedergegebene Meldung der E. K.-Korrespondenz, wonach der Reichskanzler die Schaffung eines engeren Kabinetts beabsichtige, dem der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister, der Reichsarbeitsminister sowie der Reichsinnenminister angehören sollen, vollkommen aus der Luft gegriffen.

Anders als bei Krupp. Das Aachener Kriegsgericht verurteilte sechs kommunistische Bergleute wegen des Streiks auf linksrheinischen Zechen zu 15 Jahren Gefängnis. Für wen haben sie sich geopfert? Die Stinnes und Otto Wolff haben ihr Schäfchen ins Trockene gebracht und die Arbeiter können nun draußen verrecken oder im Gefängnis bei Wasser und Brot lebendig begraben bleiben. Zum Schein hält man ja auch Krupp noch fest, aber er darf es sich in der luxuriösen Wohnung des Gefängnisdirektors behaglich machen, bis man auch ihn wieder zur Tätigkeit seiner Geschäfte von Gnaden des internationalen Kapitals beruft!

Sioux-Indianer Lloyd George. Während eines Festessens in Minneapolis in Amerika wurde Lloyd George, als er in einer Rede Amerika anflehte, den Frieden in Europa herzustellen, feierlich zum Ehren-Mitglied der Sioux-Indianer ernannt.

Die Polen verhaften sozialdemokratische Redakteure. Der Chefredakteur des „Oberschles. Kuriers", Fritz Zinnecke, sowie der Redakteur Schiffers an dieser Zeitung wurden von den Polen ausgewiesen, der Redakteur des deutschen sozialdemokratischen „Volkswillen" verhaftet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231017-12/fragment/page=0002

Die Bezirksleitung der Sozialistischen Arbeiterjugend auf dem „Kriegspfad"!

Die politische Situation ist für das Proletariat und erst recht für die arbeitende Jugend todernst. Der Reichstag hat das Ermächtigungsgesetz angenommen und damit der faszistischen Reichsregierung Vollmachten erteilt, die sie mit Hilfe der Militärdiktatur alles zur wirtschaftlichen und politischen Knebelung des Proletariats verwenden wird. — Diese Entwicklung erfordert mehr denn je die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte. Sowohl die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft als auch die der Arbeiterjugend müssen unbedingt zu gemeinsamem Handeln kommen, soll die Reaktion sie und das Gesamtproletariat nicht im ersten Anlauf überrennen.

Dieser Ansicht war auch einmal die Bezirksleitung der SAJ. von Halle-Merseburg. Nachdem sie in einem „Kriegsruf" — der allerdings etwas schwächlich war — gegen ihren Hauptvorstand in Berlin opponierten und ihm im halischen „Volksblatt" der VSPD. vorwarfen, daß er bisher nichts zur Verteidigung gegen den Faszismus getan habe, wagte man noch einen weiteren Schritt in dieser Richtung zu tun. Noch ganz erwärmt von der vorhergehenden Delegiertenkonferenz, schickte die Bezirksleitung der SAJ. zwei Delegierte, darunter den geistigen Führer des „linken" Flügels der SAJ. zu den Verhandlungen, die die KJ.-Bezirksleitung auf Drängen der SAJ. hin einberufen hatte. Diese Sitzung fand statt, um ein gemeinsames Vorgehen dieser beiden und aller anderen proletarischen Jugendorganisationen auf der Grundlage von Jugendkartellen zur Abwehr des Faszismus zustande zu bringen.

Die Verhandlungen waren erfolgreich. Die Vertreter der SAJ. sahen die Notwendigkeit eines aktiven Kampfes ein, und es wurde beschlossen, einen gemeinsamen Aufruf an die anderen proletarischen Jugendorganisationen und die arbeitende Jugend des Bezirks Halle-Merseburg zu veröffentlichen, der zur Bildung von „proletarischen Jugendkartellen" auffordern und ihnen als Grundlage ihrer Arbeit eine Reihe von Forderungen vorschlagen sollte.

Das war am Montag, dem 8. Oktober. — Trotzdem die KJ. darauf drängte, den beschlossenen Aufruf schnellstens zur Kenntnis der Jungarbeiterschaft zu bringen, wurde die Veröffentlichung derselben von der SAJ. unnötig in die Länge gezogen. Ihre beiden Vertreter sollten vorerst die Zustimmung der Bezirksleitung einholen, deren Sitzung am Dienstagabend stattfinden sollte, um dann endgültig dem Aufrufe zuzustimmen. — Aber erst am Donnerstagabend fühlten sie sich nach mehrmaligem telephonischen Anruf bemüßigt, zu erscheinen. Aber auch diesmal nur, um durch eine neue Ausrede die wirkliche positive Arbeit zu verhindern. Nach einer kleinen Änderung des Aufrufs stimmten sie demselben im Namen der Bezirksleitung der SAJ. zu. Nur Karl Reiwand hatte im Gegensatz zu seinem Mitdelegierten wiederum politische Bauchschmerzen und behielt sich die endgültige Zustimmung bis Sonntag abend vor, weil er angeblich an diesem Tage vorerst die Meinung der Mitglieder hören wolle. Er erklärte aber stolz: „Und wenn selbst die Kreismitgliederversammlungen den Aufruf ablehnen werden, ich werde auf alle Fälle meine Zustimmung zur Veröffentlichung desselben trotzdem geben."

Aber o weh, die Sturm- und Drangperiode der SAJ. neigte sich selber ihrem Ende. Sonntag wollte uns der Bezirksleiter einen endgültigen Bescheid geben, aber er gab keinen. Und nun, junge Arbeiter und SAJ.-Mitglieder, sollt Ihr hören, was Montag früh das geistige Haupt, „linke" Führer und Bezirksleiter der SAJ. uns durchs Telephon mit weinerlicher Stimme mitteilte: „Weiß die KJ. nicht, daß gestern General Müller die proletarischen Hundertschaften, Aktionsausschüsse usw. verboten hat?"

Also, der starke Mann, General Müller, verbietet und die SAJ.-Bezirksleitung mitsamt dem „linken" Flügel hat die Hose voll, ja, sogar voller als es General Müller verlangt.

Das ganze Oppositionstheater nahm also folgenden Lauf:

1. Die SAJ. wird revolutionär, sie stimmt einem Aufruf zu, der verlangt: Bildung gemeinsamer Abwehrkartelle, Zusammenarbeit mit dem Aktionsausschuß der Erwachsenen, Bildung gemeinsamer Abwehrorganisationen unter Hinzuziehung der jugendlichen Arbeiter, das alles entspringt aus der Erkenntnis, daß es gilt, mit allen Mitteln dem Angriff des Kapitals standzuhalten und anzukämpfen gegen Faszismus und Stinnes-Programm.
2. Man kann sich endgültig nicht entscheiden, es wird verhandelt und verhandelt und es kommt nichts dabei heraus.
3. General Müller verbietet und dadurch wird in den Augen der SAJ. der Kampf der Arbeiter hinfällig. Alles wird zurückgezogen.

Die SAJ.-Bezirksleitung steht also auf dem Standpunkt, daß, **wenn die Revolution verboten ist, auch keine gemacht werden darf.**

Mitglieder der SAJ.! Wir glauben, daß Ihr aus einem anderen Holz gesonnitzt seid als Eure Bezirksleitung und daß Ihr besser die Gefahren, in denen wir uns befinden, erkennt. Schon die nächsten Tage werden Entscheidungen bringen und wir wissen, daß die besten der SAJ. auf seiten des kämpfenden Proletariats stehen werden.

Deshalb, junge Arbeiter und Mitglieder der SAJ.! Rüstet zum Kampf, bildet örtlich gemeinsame Abwehrkartelle der proletarischen Jugendorganisationen zur Abwehr des Faszismus und der wirtschaftlichen Verelendung. **Nur die Einheitsfront der Proletarier führt zum Siege! Das soll unsere Losung sein.**

Ein englisches Urteil über die sozialistisch-kommunistische Regierung

Das politische und wirtschaftliche Lebensinteresse der imperialistischen Staaten verlangt eine objektive Berichterstattung über die Lage in den verschiedenen Ländern. England, das eine Stärkung Frankreichs fürchtet, wenn Deutschland eine Rechtsregierung bekommt, betreibt immer noch seine Politik nach dem Prinzip, die beiden Staaten Deutschland und Frankreich gegenseitig aufeinanderzuhetzen. Mit großem Interesse verfolgt die englische Presse die innerpolitischen Vorgänge in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit in England ist großenteils darauf zurückzuführen, daß Deutschland als Absatzmarkt englischer Waren augenblicklich nicht in Frage kommt. England wünscht daher eine Regierung, die ihm die Einfuhr von Waren nach Deutschland ermöglicht. Von der Herrschaft einer Rechtsregierung in Deutschland sind neue Verwicklungen im westeuropäischen Wirtschaftsleben zu erwarten. England fürchtet, daß bei der Rechtsregierung der Stinnestrust der englischen Wirtschaft Konkurrenz bereiten wird. Die Stärkung der deutsch-französischen Montanrtrust-Verbindung ist gegen England gerichtet. Nur aus diesen imperialistischen Gründen kann das nachstehende Urteil des englischen konservativen Blattes verstanden werden. Aber trotzdem zeigen die Ausführungen, daß ausländische Berichterstatter objektiver urteilen als die inländische sozialdemokratische und bürgerliche Presse.

„The Observer" schreibt zu den Vorgängen in Sachsen und Thüringen:

„Es besteht kein Grund, sich über die Einheitsfront und Aktion der Arbeiterschaft aufzuregen. Die Gefahr des „Bolschewismus" in Deutschland besteht nicht, wenn man unter diesem Begriff eine Nachahmung der früheren Politik der russischen Kommunisten versteht. Der deutsche Charakter ist wesentlich verschieden vom russischen und ebenso verschieden sind hier die Verhältnisse von den russischen. Selbst wenn die Sozialisten und Kommunisten die Oberhand in Deutschland gewinnen, so sind sie doch an die Verfolgung einer gemäßigten Politik gebunden. Dazu kommt, daß die deutschen Kommunisten im gegenwärtigen Augenblick „vernünftige und gemäßigte Weisungen von Moskau erhalten" (die alte Walze, D. Red.). **Die Gefahr in Deutschland ist nicht auf der linken, sondern auf der rechten Seite zu suchen, und eine reaktionäre Regierung läge sicherlich nicht im Interesse der Alliierten und des europäischen Friedens.**

Viele Leute, die keineswegs Sozialisten oder Revolutionäre sind, kommen allmählich zu dem Schluß, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein sozialistisch-kommunistisches Regime das Beste für Deutschland wäre. Sie halten es ungeachtet aller Bedenken für notwendig, das despotische Monopol der industriellen Trusts zu über-

Der Bankrott der bürgerlichen Demokratie

Von **Emil Eichhorn**

Die bürgerliche Demokratie hat abgedankt, die Säbelherrschaft ist an ihre Stelle getreten! Und das unter der gepriesenen Weimarer Verfassung, von der die Sozialdemokraten in höchsten Tönen des Lobes rühmen, daß sie Deutschland zum „freiesten Staate der Welt" gemacht habe. Deutschland der freieste Staat! Braucht man diese verlogene Phrase, um sich selbst zu benebeln, oder will man damit die Welt betrügen?

Dem kürzlich verstorbenen früheren Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Pfannkuch konnte man noch guten Glauben zubilligen, wenn er am 6. Februar 1919 als Alterspräsident der Nationalversammlung mit rührender Naivität versicherte:

„Den freien Volksstaat sehe ich der Verwirklichung entgegenreifen. Der ewig junge Gedanke der Volksfreiheit soll durch diese Versammlung in Deutschland endlich zur Tatsache werden."

Pfannkuch war ein alter, fast achtzigjähriger Mann, der sein Lebtag nicht über die kleinbürgerlich-demokratische Ideologie eines braven Staatsbürgers hinausgekommen war. Aber auch der gar nicht naive Herr Ebert erklärte am 11. Februar 1919 in seiner Antrittsrede als frischgebackener Reichspräsident so feierlich-pathetisch, als ihm sein Bierbäß erlaubte:

„Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege."

„Die Freiheit aller Deutschen", besiegelt mit dem Schwure des Herrn Ebert — wo ist sie geblieben? Daß es je in der Geschichte aller Völker eine Periode tiefster politischer Knechtung, als im republikanischen Deutschland unter der Weimarer Verfassung? Die schmählichen Methoden politischer Knebelung aus der finstersten preußischen Reaktionszeit, die im Belagerungszustand ihren Ausdruck finden, sind in der neuen deutschen Republik zum Regierungsprinzip geworden. In den fünf Jahren seit Bestand der Republik ist die „Freiheit aller Deutschen" nicht unter der Fuchtel des Belagerungszustandes herausgekommen. Preßfreiheit, das Recht freier politischer und wirtschaftlicher Betätigung, sind der Willkür des Polizeisäbels ausgeliefert. Und das nennt sich Freiheit und Demokratie! Selbst wenn man unter Demokratie in der bescheidenen liberalen Deutung nur staatsbürgerliche Gleichberechtigung und Gleichheit vor dem Gesetz annehmen will, ist die Demokratie im republikanischen Deutschland eine abgrundtiefe Heuchelei. Der Belagerungszustand reißt hohnlachend die staatsbürgerliche Gleichberechtigung in Fetzen und die Klassenjustiz feiert wilde Orgien.

Für uns Kommunisten stand es immer außer Frage, daß die brutalsten Maximen des Klassenstaates durchaus verträglich sind äußerlich demokratischen Formen des Parlamentarismus und der staatlichen Verwaltung. Dem Kapitalismus ist die bürgerliche Demokratie nicht gefährlich, im Gegenteil, sie bietet mehr denn jede andere Staatsform die Gewähr unbeschränkter Entfaltung der kapitalistischen Kräfte und der Ausnützung des Staatsorganismus für die Interessen des Kapitalisten. Deshalb ist es auch platter Unsinn, die Befreiung der Arbeiterklasse aus der kapitalistischen Knechtschaft auf dem Wege der Demokratie zu suchen. Diese Erkenntnis gehört zwar zum ABC des Sozialismus — vor mehr als Dreivierteljahrhunderten haben sie Marx und Engels im kommunistischen Manifest der Welt verkündet —, aber die kriegs- und koalitionsgeläuterten Sozialdemokraten haben die alten Grundsätze längst als lästigen Ballast über Bord geworfen. Reformisten wollen sie sein und ihren Mitläufern reden sie vor, nicht die Revolution, sondern nur eine Summe kleiner, durch Mehrheitsbeschlüsse im Parlament ergatterter Fortschritte führen zum Ziele. Nicht Klassenkampf, nicht Angriff und Abwehr gegen den Feind, der das Proletariat bedroht, sondern Arbeitsgemeinschaft und Koalition mit der Bourgeoisie, mit dem Kapitalismus, die der alte Vebel in ehrlicher Zornesaufwallung die Todfeinde der Arbeiterklasse nannte.

Starkes Klassenbewußtsein und Klassenkampf schufen eine feste proletarische Macht, an der sich Staatsmänner von anderem Kaliber als die Cuno und Stresemann die Köpfe einrannten. Und nun erlebt man das tragische Schauspiel, daß verächtliche Epigonen aus schmutzigem Eigennutz und Strebertum diese Macht systematisch zerstören und vernichten!

Unter dem Vorwande, der Demokratie zu dienen! Herr Kautsky, der Vielgewandte, der vorwärts und rückwärts, rechts und links schreiben kann, zog mit einem dicken Buche gegen die Diktatur des Proletariats und für die Demokratie zu Felde. Gesegnete Demokratie, die den verräterischen Führern der Sozialdemokratie ein Plätzchen an der staatlichen Futterkrippe einräumt und die Arbeiter in die Fesseln des Belagerungszustandes und der Rechtlosigkeit schmiedet!

Gesegnete Demokratie, die nun zlücklich und mit Hilfe der Sozialdemokraten bei der Militärdiktatur und der Säbelherrschaft angelangt ist. Die Dehnbarkeit der bürgerlichen Demokratie reicht für die Machtansprüche der Stinneskapitalisten nicht mehr zu. Das Parlament mußte ausgeschaltet, die Regierung durch diktatorische Vollmachten befähigt werden, jedem Wink des Großkapitals gehorsam zu sein.

Ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten lehnte sich gegen die Zumutung auf, mit dem Ermächtigungsgesetz die Bankrotterklärung der Demokratie zu unterscheiden, sie machten einen schwachen Versuch, durch Obstruktion das Gesetz zu verhindern. In der Sitzung vom 11. Oktober blieben der Abstimmung fern die Abgeordneten: Frau Agnes, Albrecht (Halle), Aufhäuser, Beckmann, Bock, Braß, Breunig, Bruchhardt, Crispien, Ditzmann, Dümell, Fleißner, Fries, Geck (Offenburg), Fritz Geyer, Adolf Hoffmann, Hoffmann (Schmargendorf), Horn, Kirchmann, Kopke, Kuhnt, Kunert, Künstler, Dr. Levi, Löwenstein, Mittwoch, Frau Remitz, Pfeiffer, Raute, Rißau, Rosenfeld, Rossel, Schirmer, Schwarz (Mannheim), Seeger, Toni Sender, Simon (Franken), Teuber, Voß, Frau Wachwitz, Frau Wurm, Frau Ziegler und Zubeil.

Diese 43 Sozialdemokraten zusammen mit den 15 Kommunisten, 2 Unabhängigen, 67 Deutschnationalen, 3 Deutschvölkischen und 2 Hannoveranern, die sich alle an der Obstruktion beteiligten, zerschlugen für diesen Tag die Diktaturgelüste. Herr Stresemann aber bewährte sich in der heiklen Situation auch als geschickter Drahtzieher. Er schickte, einen Augenblick vor der entscheidenden Abstimmung, seine Geheimräte zu den Führern der Koalitionsparteien, sie sollten Vertagung beantragen, um die Fehlenden heranzuholen, und noch einen letzten Druck auf die rebellierenden Sozialdemokraten ausüben. Beides ist gelungen! Nur 14 Abgeordnete der Koalitionsparteien fehlten in der Sonnabendsitzung und die zaghafte Opposition der Sozialdemokraten ist fast restlos umgefallen. Die Drohung mit der Auflösung des Reichstags und die weitere Drohung, die Dissentierenden aus der Partei auszuschließen, hat den Tapferen das schwache Rückgrat gebrochen. Es blieben der Schlußabstimmung am Sonnabend, dem 13. Oktober, von den oppositionellen Sozialdemokraten nur fern die Abgeordneten Aufhäuser, Bock, Braß, Ditzmann, Geck (Offenburg), Kirchmann, Dr. Levi, Rosenfeld, Frau Sender und Frau Wurm. Wir möchten aber durchaus nicht die Hand dafür ins Feuer legen, daß grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Diktatur alle diese zehn Sozialdemokraten hinderte, an der Abstimmung teilzunehmen. Nur einige von ihnen sahen wir während dieser aufregenden Sitzung im Reichstag. Die anderen konnten auch sehr wohl aus anderen als grundsätzlichen Gründen fehlen.

Der Haufen der Opposition vom Donnerstag aber stimmte ausdrücklich für das Gesetz! Wie sie in einer Erklärung sagen, „weil sie die Einheit der Partei wahren wollten und wahren mußten". Diese Erklärung hat sogar der Abgeordnete Soldmann, Parteisekretär im nördlichen Bayern, mit unterschrieben, der in der Donnerstagsitzung schon für das Gesetz gestimmt hatte.

Die Einheit der Partei ging den Braven über Rechte und Interessen des Proletariats. Das wird ihnen in der Arbeiterschaft nicht vergessen werden. Um so weniger, als die durch das Ermächtigungsgesetz entfesselte Diktatur schon mit wuchtigen Schlägen auf die Arbeiterschaft herniedersaust. In der Nummer des Reichsgesetzblattes vom 15. Oktober, in der das Ermächtigungsgesetz publiziert wird, ist gleichzeitig eine Verordnung des Reichsarbeitsministers enthalten, die auf Grund des Demobilmachungsgesetzes die Arbeitslosenversicherung im Verordnungswege einführt, die Lasten der Arbeitslosenfürsorge also den Arbeitern aufbürdet, trotzdem Sozialdemokraten und Zentrum in das Ermächtigungsgesetz eingefügt hatten, daß die Arbeitslosenfürsorge nicht unter das Gesetz fallen solle. Eine andere Verordnung durchlöchert die in der Demobilmachungsverordnung enthaltenen Schutzmaßnahmen gegen willkürliche Entlassung und Betriebsstillegung. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, wird die Arbeiterschaft bald dorhin gebracht sein, wohin sie das Unternehmertum haben wollte.

Und das dankt die Arbeiterschaft den sozialdemokratischen Führern. Sie wird das nicht ruhig hinnehmen, sie wird der Verräterei der sozialdemokratischen Führerklüngels die Kampfeinheit des gesamten Proletariats entgegensetzen. Die bürgerliche Demokratie ist erledigt, es herrscht die Diktatur des Großkapitals und der Soldateska, ihr gilt der Kampf, ihr setzen wir entgegen unsere alte Parole: Gegen alle Arbeiterfeinde, für die Diktatur des Proletariats!

winden, die jetzt die Herren von Deutschland sind. Es scheint sehr wünschenswert, engere Beziehungen zwischen England und Rußland herzustellen, was die Fortbauer eines mäßigenden Einflusses auf die deutschen Kommunisten sichern würde."

Eine sehr vernünftige Ansicht des englischen Berichterstatters, die allerdings diktiert wird von der Notwendigkeit, Englands Wirtschaft vor den Plänen des Stinnestrusts zu schützen. Ein proletarisch regiertes Deutschland wird selbstverständlich für die wirtschaftliche Verständigung eintreten, aber nicht im Sinne des Imperialismus, sondern des Kommunismus.

Ausland

Rücktritt des griechischen Kabinetts

Der Athener Korrespondent des „Daily Expreß" meldet: Wie verlautet, hat das griechische Kabinett beschlossen, zurückzutreten. Es wird durch ein neutrales Ministerium unter Politis ersetzt werden. Das revolutionäre Komitee wird während der Neuwahlen zum Parlament bestehen bleiben.

Aus der Partei

Warnung!

Der Lehrer Hans Schneider, bisher Mitglied der KPD., Ortsgruppe Judenbach, Kreis Sonneberg i. Thür., wurde wegen Verbreitung provokatorischer Gerüchte, die für die Partei eine schwere Gefahr bedeuten, aus der Partei ausgeschlossen.

Es besteht der Verdacht, daß Sch. sich als faszistischer Provokateur in die Partei einschlich. Wir warnen die Ortsgruppen vor ihm.

Bezirksleitung der KPD. Großthüringen.

Gewerkschaftsbewegung

Edo Fimmen aus dem Sekretariat der Amsterdamer hinausgeworfen

Amsterdam, 16. Oktober.

Nach einer Erklärung des Sekretariats des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, daß der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Edo Fimmen, am 1. November sein Amt niederlegen soll.

Raub des Streikrechts der Beamten

Die Regierung bereitet weitere Schläge gegen die Beamtenschaft vor. Wie jetzt bekannt wird, liegt bereits ein Entwurf zur Abänderung des Reichsbeamtengesetzes vor, dessen § 145 eindeutig festlegt, daß es für Beamte kein Streikrecht gibt. Diejenigen Beamten sollen aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden, „die in Ausübung ihres Verteidigungsrechtes von den Mitteln der gemeinsamen Einstellung oder Hemmung der Dienstgeschäfte zum Zwecke der Ausübung eines Druckes auf deutsche Behörden, Beamten- oder Volksvertretungen Gebrauch machen."

Dieser Gesetzentwurf ist eine Verfassungsverletzung ungeheuerlichster Art. In der Weimarer Verfassung heißt es ausdrücklich, daß den Beamten das Koalitionsrecht gewährleistet ist. Selbstverständlich schließt das Koalitionsrecht das Streikrecht ein. Das kann kein Unternehmerknecht hinwegdeuteln. Es wird hohe Zeit, daß die Beamten und ihre Organisationen ernstliche Abwehrmaßnahmen ergreifen, denn kein Mensch kann daran zweifeln, daß in Kürze weitere Schläge folgen werden. Die Beamten müssen sich restlos in die breite Front der Arbeitenden einreihen und zusammen mit den Arbeitern den Kampf gegen dieses dankrotte System aufnehmen. Die Arbeiter wissen sehr gut, daß die Rechtlosmachung der Beamten auch ihre Rechtlosmachung bedeutet, daß auf den Raub des Beamtenstreikrechts der Raub des Streikrechts für die Arbeiter und Angestellten folgen wird.

Vom Tage

Zwei Todesurteile wegen Raubmordes. Vor dem Schwurgericht Ellwangen wurde über die Ermordung des Bauernsohnes Jakob Ringel verhandelt. Die beiden Angeklagten, Ernst Richmann und Wilhelm Geutt, wußten, daß Ringel im Mal vom Erlöse seines verkauften Hauses 10 Millionen Mark bei sich trug, lockten ihn nach Auch im Remstal und überfielen ihn dort, während er an einem Waldrande schlief. Die Geschworenen bejahten bei beiden Angeklagten die auf Mord und Raub lautenden Fragen. Das Urteil lautete demgemäß gegen beide auf Todesstrafe.

Selbstmord Rothschilds. Nathaniel Charles Rothschild, der Sohn des Ersten Lords Rothschild, hat sich am Freitag in einem Anfall von Geistesstörung das Leben genommen.

Zugzusammenstoß in der Tschechoslowakei. Gestern stießen auf der Strecke Friedek—Mährisch-Ostrau in der Nähe der Station Rattimau zwei Personenzüge zusammen. Beide Lokomotiven wurden aus den Schienen gehoben und mehrere Wagen vollständig zerstört. Bisher wurden sechs Tote geborgen. Zehn Personen wurden schwer und eine große Anzahl leicht verletzt. Es wird befürchtet, daß unter den Trümmern noch weitere Opfer liegen.

VOM
BÜRGERKRIEG
Eine Schriftenfolge
Heft 1 Heft 2
Zu beziehen durch:
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.,
Abt.: Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
*288 und deren Filialen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231017-12/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Eingestandener VSPD.-Verrat

„Fort mit dem Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft!" Unter dieser Spitzmarke bringt das „Hallesche Volksblättchen" gestern einen Artikel, in dem der ungeheuerste Verrat an der Arbeiterschaft, die Uebertragung der öffentlichen Gewalt an die Generale und deren Widersinn, eingestanden wird. Jetzt, wo die Dinge soweit gediehen sind, wo die schärfste Militärdiktatur gegen die Arbeiterklasse wütet, jetzt rufen die Spitzbuben: Haltet den Dieb! Nachdem in dem Artikel auf Bayern hingewiesen wird, das sich einen Dreck um den von Ebert über das Reich verhängten Belagerungszustand kümmert und eine eigene Militärdiktatur aufgerichtet hat, wird gesagt, daß in den übrigen Gebieten der **Ausnahmezustand sich ausschließlich gegen die Arbeiter und gegen die Anhänger der Republik auswirke.** Wörtlich heißt es dann: **„So bedeutet der Ausnahmezustand im Reich in Wirklichkeit eine Stärkung der Rechtsradikalen und eine Schwächung der verfassungstreuen Elemente."** Diese Einsicht kommt nun zu spät! Man hätte das vordem bedenken müssen; es gehörte sicher nicht viel Weisheit dazu, die Wirkungen eines Belagerungszustandes, in dem alle Macht in den Händen der konterrevolutionären Generale sich befindet, abzuschätzen. Wie hat man gegen uns gewettert, als wir gegen den Belagerungszustand Sturm liefen; unsere Einwendungen wurden in den Wind geblasen. Was in Wirklichkeit mit dem Belagerungszustand erreicht wurde, sagt Graf Reventlow in seinem Wochenorgan, dem „Reichswart". Er schreibt dort:

„Die Nationalisten haben ohne Mühe durch das Kabinett der Großen Koalition die militärische Diktatur in ganz Deutschland erreicht. Sachlich kann man nur bestätigen: die ausübende Gewalt liegt beim Haupte der Reichswehr in jeder Provinz, in jedem Staat ressortierten Generale als Statthalter für die Zentralstelle . . . **Man kann in der Tat kaum annehmen, daß die Militärbehörde die ihr so übertragene Position und Funktion verlassen bzw. aufgeben sollte.** Es liegt vielmehr nahe, daß sie sich auf den Standpunkt stellen werde: Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit stiegen immer mehr, ihre Sicherung sei einzig durch den militärisch gehaltenen Ausnahmezustand möglich, deshalb Pflicht, auf dem Posten zu bleiben, auch gegen Widerstand großer Parteien. Die Deutschnationale Volkspartei dürfte einen solchen oder ähnlichen Verlauf sehr ernsthaft und hoffnungsvoll ins Auge fassen und sich dabei für die Partei der Diktatur prädestiniert halten, nämlich als hauptsächliches politisches und wirtschaftliches Ausführungsorgan des Trägers der militärischen Diktatur."

Es steht zehn gegen eins zu wetten, daß die Dinge einen solchen Verlauf nehmen, wie ihn Reventlow hier aufgezeigt hat. Die Arbeiterschaft mag sich also bei der VSPD. bedanken, wenn sie andauernd von dem Militärstiefel getreten wird, denn sie war es ja, die diesen Zustand geschaffen hat. Ebert hat unter Zustimmung der sozialdemokratischen Minister alle Macht in den Hände Geßlers und seiner Generale gelegt, und diese werden sich nun hüten, die Macht aus den Händen zu geben. Sie sind heute nunumschränkte Herrscher in Deutschland, und die VSPD. hat gar keine Machtmittel, das zu ändern. Wollte sie das, dann könnte passieren, daß ihr die Generale auf den Kopf spucken. Die VSPD. hat erreicht, daß die Position der Reaktion ungeheuer gestärkt, die der Arbeiterklasse bedeutend geschwächt worden ist. Vielleicht hat der Belagerungszustand das eine Gute, daß nun **allen Arbeitern die Augen geöffnet werden.** Vielleicht steht die Arbeiterschaft nun um so fester zusammen, um in gemeinsamem Sturm den Belagerungszustand hinwegzufegen. Dann wird auch mit den Verrätern der VSPD. abgerechnet werden, denn die beim Sturm fallenden Opfer kommen auf ihr Konto!

Verständigung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Vom Bergarbeiterverband wird uns geschrieben:

Die am Dienstag stattgefundenen Verhandlungen über die von der Betriebsräte- und Vertrauensmännerkonferenz in Köthen aufgestellten Forderungen führten zu folgendem Ergebnis:

Zu Punkt 1 und 6 wurde folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Schiedssprüche vom 21. September, 28. September und 5. Oktober werden anerkannt.

Unter Berücksichtigung der Geldentwertung erhält

a) jeder Arbeiter über 18 Jahre eine Milliarde,
b) jede Arbeiterin in der Gruppe W 1 600 Millionen
c) jeder männliche Arbeiter unter 18 Jahren und die nicht unter b genannten Arbeiterinnen 400 Millionen Mark nachgezahlt.

Für die Randreviere gilt das übliche Verhältnis.

2. Am 19. Oktober 1923 wird außer der Restlohnzahlung der vergangenen Woche ein Abschlag auf die am 15., 16. und 17. Oktober verfahrenen Schichten gewährt.

Dieser beträgt in den Kernrevieren je Schicht:

a) für männliche Arbeiter über 18 Jahre 500 Millionen,
b) für Arbeiterinnen der Gruppe W 1 300 Millionen,
c) für die sonstigen Arbeiterinnen und männliche Arbeiter unter 18 Jahren 200 Millionen.

Für die Randreviere gilt das übliche Verhältnis.

3. Die Zahlung der Beträge zu 1 erfolgt, **soweit es die Geldverhältnisse der Werke gestatten** (!! Red. b. „Kl."), am 19. Oktober.

Zu Punkt 2 der Forderungen, betreffs der Relation der Löhne des Ruhrreviers und Mitteldeutschlands, erklärten die Arbeitgeber, daß sie die Löhne bei den kommenden Lohnverhandlungen nach den Teuerungsverhältnissen in Mitteldeutschland den Bedürfnissen der Arbeiterschaft und der Wirtschaftlichkeit der Werke aushandeln würden.

Zu Punkt 4 (Feierschichten) wollen sie die Werke auffordern, sich an die gesetzlichen Vorschriften zu halten.

Die Regelung des Urlaubs soll im Laufe dieser Woche durch die Reichsurlaubskommission erledigt werden.

Ueber die vom Arbeitgeberverband einseitig festgesetzte Lohntafel wird am Donnerstag weiter verhandelt evtl. durch Schiedsspruch geregelt.

In letzter Stunde ist noch einmal durch die bessere Einsicht der Arbeiter (Welche Ironie! Red. „Kl.") ein Kampf verhütet worden, der für unser gesamtes Wirtschaftsleben unabsehbare Folgen gezeitigt hätte. Das fürchterliche Elend, das in den letzten Wochen über die mitteldeutsche Bergarbeiterschaft hereingebrochen ist, hat hoffentlich den unorganisierten, indifferenten Arbeitern die Augen geöffnet, das nicht ihr Platz im Stahlhelm, Knappenverein, gelben Arbeiterverbänden und sonstigen Kirmbimvereinen, sondern in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft ist. In den nächsten Wochen und Monaten werden sich ungeheure wirtschaftliche Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit abspielen. Der Achtstundentag ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. Unverblümt forderten sie bei den Verhandlungen von uns eine Vereinbarung, den Zehnstundentag oder die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen. Was im Ruhrgebiet durch einseitiges Diktat nicht gelungen, soll hier in Mitteldeutschland durch Vereinbarung zustande kommen. Unbeschadet der Heere der Arbeitslosen, unbeschadet der nach Ansicht der Arbeitgeber notwendigen Feierschichten, verlangen sie Verlängerung der Arbeitszeit. Wie man bei den halbverhungerten Arbeitern, bei verlängerter Arbeitszeit die Arbeitsfreudigkeit wecken und damit die Produktion steigern will, ist Geheimnis derjenigen Kreise, die mit ihrer Profitbrille behaftet, nur die Zahl 8 sehen und dabei Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen außer Acht lassen. Bei den augenblicklichen Zeitverhältnissen ist an eine Besserung dieser krankhaften Idee nicht zu denken. Hoffentlich bleiben sie aber sonst gesund.

*

Zu dem vorstehenden Artikel, der uns erst bei Redaktionsschluß zugegangen ist, gilt es noch Stellung zu nehmen. Wir werden das bald und gründlich besorgen. D. Red.

Ein Beitrag zur Kartoffelnot

Folgende Zuschrift eines Arbeiters gibt ein drastisches Bild davon, wie sehr der Großbauer sich die Volksernährung angelegen sein läßt:

Am Donnerstag, dem 11. Oktober, begab ich mich mit noch vier Hausfrauen nach den hinter Mahlsdorf gelegenen Gütern, um zu versuchen, für die nächsten Mittagsmahlzeiten für unsere Familien Kartoffeln zu bekommen. Wir gingen nur in die großen Güter, da der kleine Bauer uns erklärte, nicht über seinen eigenen Bedarf hinaus Kartoffeln zu besitzen. Es wurde uns aber überall schlankweg erklärt: **„Gegen Papiergeld geben wir keine raus!"** Als wir nun im dritten Gut fragten, was man eigentlich dann als Zahlungsmittel haben will, antwortete man schlankweg: „Gold." Da wir aber erklärten, daß Arbeiterfrauen weder Gold besitzen, noch sich sattessen könnten, gab der saubere Gutsbesitzer uns den Rat, doch unsere Trauringe herzugeben, dann könnten wir Kartoffeln haben. Wir antworteten ihm aber so, daß es ihm wohl an dem Tage etwas Nachdenken bereitet haben wird.

An Euch aber richten wir die Frage: Wo bleiben die Kontrollausschüsse, soll das Volk bei vollen Scheunen verhungern?"

Ja, „das Volk verhungert bei vollen Scheuern", so sagte auch in vergangener Woche der Reichstagsabgeordnete Graf Westarp im Reichstag. — Kontrollausschüsse auf dem Lande! Sorgt dafür, daß die hungernde Arbeiterschaft aus diesen vollen Scheuern das bekommt, was sie vor dem Zugrundegehen rettet!

Delitzsch. Der letzte Gang. Am 10. Oktober wurde hier der durch Freitod geendete Geschäftsführer Münzer unter zahlreicher Beteiligung begraben. Er hat den hiesigen Konsumverein lange Jahre hindurch geleitet; dem rasend wachsenden Chaos vermochte er nicht mehr zu folgen. Da er der Sozialdemokratischen Partei angehörte, und dieselbe als führende Persönlichkeit stark beeinflußte, so hoffen wir, daß mit ihm ein großes Stück Reformismus zu Grabe getragen ist, als dessen Opfer er auch bezeichnet werden kann. Stellte sich nicht der Reformismus der VSPD. so furchtbar hindernd allen Maßnahmen der Arbeiterschaft in den Weg, wir hätten längst andere Verhältnisse.

Osternienburg. Unternehmerwillkür auf den Deutschen Solway-Werken. Die Offensive des Unternehmertums nimmt einen immer größeren Umfang an. Man geht jetzt auch auf den Deutschen Solway-Werken dazu über, Massenentlassungen vorzunehmen. So hat man am Donnerstag bereits einer größeren Anzahl Arbeiter gekündigt und man weiß nicht, wie vielen Arbeitskollegen noch dasselbe Schicksal zugedacht ist. Jedenfalls ist mit Massenentlassungen zu rechnen.

Aschersleben. Die Erwerbslosen erkämpfen sich ihr Recht. Ungeheure Erregung herrschte am Sonnabend unter den Erwerbslosen. Es waren ihnen Vorschüsse von 200 bis 500 Millionen Mark gezahlt worden. Mit diesem Geld war es unmöglich, irgend etwas zu kaufen. Deshalb verlangten die Erwerbslosen unbedingt Unterstützung. Der sozialdemokratische Bürgermeister, Herr Kloeis, lehnte zuerst alles ab. Deshalb versammelten sich die Erwerbslosen im Rathaus. Der Erwerbslosenrat setzte es dann durch, daß sämtlichen Erwerbslosen noch am Sonnabendnachmittag nochmals 100 Prozent Vorschuß ausgezahlt wurden.

„Klassenkampf"-Leser! Zahlt sofort die dritte Oktoberrate in Höhe von 150 Millionen Mark in großen Scheinen!

„Sie brauchen den Kopf nicht hängen zu lassen,

Herr Hull, Sie können noch zu Ihrer Erbschaft kommen." Mit diesen Worten, boshaft lächelnd, führte der geheimnisvolle Fremde, ein abschreckend häßlich kleiner Mann, den ihm wie unter einem Banne folgenden Hull durch alte winkelige Gassen in seine Wohnung und dort schlug er ihm eine seltsame Wette vor. Drei Scheine unterbreitete er ihm zur Unterschrift und auf jedem dieser Scheine stand: „Ich wette mit dem Inhaber dieses Scheines 1000 Pfund gegen 1 Pfund, daß ich binnen drei Monaten nicht Erbe meines Bruders Sylvester Hull sein werde." Mit dieser geheimnisvollen Wette beginnt die noch geheimnisvollere Erbschaftsgeschichte, in der keine Geringere als **Ora May** mit gewohnter Routine die Hauptrolle spielt. Dieser Mayfilm der Ufa „Scheine des Todes" wird in kommender Spielwoche eine Sensation für Halle sein. Seine Erst-Aufführung findet statt am Freitag, dem 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in den U.T.-Lichtspielen, Alte Promenade 11a.

Beachten Sie die morgige Anzeige.

Heute letzter Tag!
Der fabelhafte Schlußteil:
Mit Stanley im dunkelsten Afrika.'
Als morgen:
„Die Königin v. Saba.'
CT.-Lichtspiele,
Gr. Ulrichstraße 51.

Fortwährend stehen in großer Auswahl
pa. Ferkel, hannover. Läufer u. Zuchtsauen
wie bekannt zu den billigsten Preisen zum Verkauf. Donnerstag nachm. 3 Uhr trifft ein frischer Transport ein. Nehme auch Getreide u. Kartoffeln mit in Zahlung.
H. Richter, Trotha er Str. 80. Telephon 3752.

DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN
Meine Riesen-Auswahl in *540
Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung
bietet für jeden Geschmack das Richtige.
Winter-Paletots u. Schlüpfer gute, warme Stoffe, mod. Macharten, von Festmark **32** an
Herren-Anzüge la. Verarbeitung, moderne dunkle und helle Muster . . . . . von Festmark **32** an
Lodenjoppen Sportform und zweireihig, mit warmem Wintersutter . . . . . von Festmark **21** an
Kinder-Paletots warm gefüttert von Festmark **7** an
Arbeitshosen, Unterzeuge, Strickjacken außerordentlich vorteilhaft.
Sichern Sie sich diese äußerst niedrigen Preise durch Anzahlung, da die heutigen Grundpreise teilweise um das Doppelte höher sind. Angezahlte Gegenstände werden drei bis vier Wochen aufbewahrt.
S. Jarosch Nachf., Bitterfeld, Markt 7.

K.P.D. Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftsstd.: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Halle. Donnerstag, 18. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark": Oeffentliche Volksversammlung. Thema: „Cäsäridiktatur der weißen Generale oder proletarische Diktatur." Referent: Genosse Paul Merker, Halle.

Wossen. Freitag, 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Versammlung. Thema: „Stinnesdiktatur oder proletarische Diktatur." Referent: Genosse Karl Baumgärtel, Halle.

HSKW. Freitag abend 7 Uhr im Vereinszimmer: Wichtige Sitzung.

Graphisches Gewerbe. Die für Donnerstag abend 6 Uhr angesetzte Versammlung fällt aus. Weitere Bekanntmachung folgt.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Hartz 42/44.

Bezirks-Zentral-Buchhandlung
Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.
Filialen: Halle a. d. S., Hartz 42/44. Tel. 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Petritraße 8. Zeitz, Elektrachstr. 4. Weißenfels, Dammstr. 18. Wittenberg, Juristenstraße 11. Bitterfeld, Burgstr. 41. Bernburg, Volkshaus.
Postscheckkonto: Leipzig 105843 (Fritz Kroß, Halle).
Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstr. 4.
Schlüsselzahlen: Biva **60 000 000;** B.-Z. **1 100 000 000.**

Bekanntmachung.

Vom 16. d. Mts. an gelten bis auf weiteres folgende Preise:

Leucht-, Koch- u. Heizgas, das Kubikmtr.	0,14	Goldmark
Gewerbegas . . . . . „	0,11	„
Lichtstrom . . . . . die Kilowattstunde	0,20	„
Kraftstrom . . . . . „ „ „	0,15	„
Strom-Großabnehmer „ „	0,10	„
Wasser . . . . . das Kubikmtr.	0,10	„

Halle, den 16. Oktober 1923.
4126] **Der Magistrat.**

Hausfrauen kauft nur bei unseren Inserenten!!

Bekanntmachung.

An Notgeld der Deutschen Reichsbahn gelangen mit Zustimmung des Herrn Reichsministers der Finanzen und der Ländervegierungen nunmehr auch 20-, 50- und 100-Millionen Markscheine in den Verkehr. Sie sind auf einem lergrünen Papier, mit verschränkten doppellinigen Quadraten als Wasserzeichen, gedruckt und tragen den Vermerk, daß sie vom 1. Januar 1924 ab mit dreimonatiger Frist zur Einlösung aufgerufen werden können. Der 20-Millionenschein ist 75×135 mm groß, hat irisfarbenen Untergrund olivweinrot-olin und trägt an der linken Seite die Wertbezeichnung „20 000 000". Die Rahmung, durch die ein Band mit der Aufschrift „Zwanzig Millionen" läuft, und der Text sind schwarzgrün, die Nummer rot gedruckt. In den Untergrund ist das Bild einer Lokomotive eingearbeitet. Als Ausgabetag ist der 18. September 1923 angegeben.

Der 50-Millionenschein ist 80×140 mm groß, hat irisfarbenen Untergrund gelbbraun-blau-gelbbraun und trägt an der linken Seite die Wertbezeichnung „50 000 000". Die Rahmung mit dem Band „Fünfzig Millionen" und der Text sind stahlblau, die Nummer schwarz gedruckt. Untergrund und Ausgabetag wie vorstehend.

Der 100-Millionenschein ist 78×130 mm groß und hat rehbraunen Untergrund mit einem 35 mm breiten violetten Streifen in der Mitte. Auf der linken Seite befindet sich die Wertbezeichnung „100 000 000", ferner in den Untergrund eingearbeitet „100 Millionen". Der Text ist schwarz, die Nummer rot gedruckt. In den oberen beiden Ecken befindet sich je ein Flugzeug, in den unteren Ecken je eine Lokomotive. Als Ausgabetag ist der 25. September 1923 angegeben.

Berlin, den 11. Oktober 1923.

Der Reichsverkehrsminister:
gez. Oeser.

Stadt-Theater
Mittwoch, 4125
abends 7½ Uhr:
Der Freischütz.
Donnerstag:
Propheten.

„Salzgraf"
Panzerschrombälle
Jungmann-Bälle
Fußballstiefel
Große Auswahl!
F. Oswald Berger
Gr. Ulrichstraße 40
(Eing. Knulenberg).

Schreibwaren empfehlen die **Volksbuchhandlungen**

Zeitungsträgerin
für **Nauendorf** (Saalkreis) gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen Rich. Kittel melden.

Trotzki
Russische Revolution 1905
Grundpr. kart. 9,50
geb. 7,—
Schlüsselzahl b. Biva
Zu beziehen durch:
Bezirks-Zentral-Buchhandlung,
Lerchenfeldstr. 14.

Liebknecht
Reden u. Aufsätze.
Grundpreis 4 Mk. mit Schlüsselzahl der Biva.
Zu beziehen durch:
Bezirks-Zentral-Buchhandlung,
Lerchenfeldstr. 14.

Spendet für die „Rote Hilfe"

Gold- u. Silber-Bruch, Platin, Brillanten
278 kauft zu Höchstpreisen
Georg Thiel,
Merseburger Straße 164,
— 2 Minuten vom Riebeckplatz. —
Preiswerte Taschenuhren u. Wecker.

Schokoladen
Zuckerwaren usw. 376
kaufen Wiederverkäufer u. billigsten b.
Willy Voigt, vormals Bachrad & Co.
Markt 6, gegenüber Börse.

Witwer, 36 J., nebst zwei Kindern, Mädchen u. Junge, 6 u. 4 J. alt, sucht Bekanntschaft m. jg. Wiw. oder ält. Mädchen zwecks Wiedervertheiratung. Off. unter K. W. 335 an die Expedition des Klassenkampf. [4124

Hamburger Kaffee-Lagerei
Schokoladen
Kakao
Kolonialwaren
Thams & Garts
Bitterfeld,
Markt 7.
Fernruf 534.

Werbt für den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231017-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, 17. Oktober 1923.

Erklärung

Gegenüber unter den Arbeitern verbreiteten Gerüchten, die besagen, daß heute mittag 12 Uhr der Generalstreik durch die Kommunistische Partei proklamiert werde, erklärt die unterzeichnete Bezirksleitung, daß sie sich nicht von Provokateuren bestimmen lassen wird, wann der Zeitpunkt zur Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie gekommen ist. Die umlaufenden Gerüchte sind das Werk von faszistischen Provokateuren, die die Arbeiterschaft in erfolglose Teilaktionen hetzen wollen, um sie blutig niederzuschlagen. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, nur den Anweisungen der politischen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften nachzukommen.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.
J. A.: Paul Merker.

Die letzte Hoffnung der VSPD.

Rentenmark und Mehrertrag der Arbeit

Mit Sturmschritten eilt Deutschland jetzt dem völligen Zusammenbruch entgegen. Alle Kreise fühlen, daß es für das kapitalistische Deutschland keine Rettung mehr gibt. Denn die Funktionsfähigkeit des deutschen Kapitalismus hat aufgehört. Was sich jetzt vollzieht, ist die letzte Etappe eines Weges, der im Abgrund enden muß.

Das wird selbst von der sozialdemokratischen Presse festgestellt! Die sozialdemokratischen Vertriger haben jetzt nur noch eine Hoffnung: die Rentenmark, das neue Geld der Junker und Schwerkapitalisten, das von Helfferich erfunden und von Hilferding als einzige Rettung empfohlen worden ist. „Gelingt es nicht, den Wirtschaftswagen im letzten Augenblick zu bremsen, dann rasen wir mit unheimlicher Geschwindigkeit dem Abgrund zu." Das stellt dem Sinn nach die gestrige Ausgabe des hallischen „Volksblättchens" über die Rentenmark fest. Aber die Rentenmark allein wird es nicht schaffen; denn sie wird „bald elendes aussehen als die Papiermark-Währung, wenn der Mehrertrag der Arbeit nicht erzielt wird". Darum verlangt das „Volksblättchen" „Opfer von allen Schichten der Bevölkerung". Ohne diese Opfer werden wir aus der Währungs- und Wirtschaftsmisere nicht herauskommen."

Das hat das „Volksblättchen" seit Jahr und Tag geschrieben. Die Arbeiterschaft hat geopfert, hat immer mehr geopfert und hat solange geopfert, bis sie sich heute für einen vollen Wochenlohn gerade noch ein Pfund Margarine, ein Brot, einen Liter Milch und vielleicht noch einen Salzhering kaufen kann. Für das Fahrgeld von und zur Arbeitsstätte reicht es schon nicht mehr.

Das „Volksblättchen" verlangt also auch heute noch weiter Opfer von der Arbeiterschaft. „Mehrertrag der Arbeit", so umschreibt es diese Opfer. Dasselbe sagt auch Stresemann und Stinnes, nur etwas deutlicher als das „Volksblättchen". Sie erklären ganz offen, daß die Arbeiter mehr und länger arbeiten und weniger verbrauchen sollen. Das „Volksblättchen" meint dasselbe. Nur wagt es nicht, dies offen auszusprechen. Die sozialdemokratischen Führer sind sich ja mit den Kapitalisten schon lange darüber einig, daß der Achtstundentag die Wirtschafts- und Währungssanierung hindert.

Der „Mehrertrag der Arbeit" soll darum jetzt durch das Hungerregiment der Großen Koalition über die Generaldiktatur sichergestellt werden!

Arbeiter, laßt das nicht zu und bereitet überall den Kampf gegen alle Eure Feinde vor!

Theorie und Praxis

Die Druckerei der „Allgemeinen Zeitung" ein Eldorado

Der breiten Oeffentlichkeit soll nicht vorenthalten werden, wie die Geschäftsleitung des Stinnesorgans die „christliche Nächstenliebe" theoretisch und praktisch ausübt.

Im lokalen Teil der Donnerstag-Ausgabe vom 11. Oktober werden die Leser dieser Zeitung zur Unterstützung der zu errichtenden Volksspeisung für die alten Leute aufgefordert. Am Fuße des mit „Und was tust Du?" endenden Artikels folgt eine Sammelliste. Als erster Zeichner prangt der Name des Verlagsdirektors Gustav Geisel. Ihm haben sich wohl aber übel die Redakteure sowie einige kaufmännische Angestellte mit kleineren Zeichnungen angeschlossen.

An sich ist diese Handlung, rein menschlich gedacht, anerkennenswert. Aber diese nach außen zur Schau getragene Nächstenliebe steht mit der Praxis des Verlagsdirektors in krassem Widerspruch. Herr Geisel hat nach seinem Eintritt in das Stinnesunternehmen einem Angestellten gegenüber folgende Aeußerung getan: „Mit dem Eldorado der alten Leute ist es nun hier vorüber!" Tatsächlich wurden denn auch seitens der Geschäftsleitung unter vollständiger Außerachtlassung der Demobilmachungsvorschriften Kündigungen vorgenommen. Unter anderem sollten auch zwei im technischen Betrieb ein volles Menschenalter tätige Mitarbeiter entlassen werden. Einer von ihnen gehört der Firma seit dem Jahre 1872 an. Infolge Einspruches bzw. Warnung vor der Oeffentlichkeit wurde die Kündigung im letzten Augenblick noch zurückgenommen. Jetzt werden die alten Leute mit außerberuflichen Arbeiten beschäftigt. Die übrigen aber wurden rücksichtslos entlassen. Bemerkt sei noch, daß das Verhalten des Betriebsrates in den hallischen Buchdruckerkollegenkreisen allgemeines Erstaunen erregt hat und in der letzten Buchdruckerversammlung die verdiente Verurteilung fand.

Auch die Soldschreiber bekommen jetzt ihren Fußtritt, nachdem sie lange genug und immer willig nach den Anordnungen ihres Chefs gegen die Arbeiterschaft gehetzt haben. Nun fliegen auch sie auf die Straße, weil sie nicht mehr gebraucht werden. Vor einigen Tagen schrieb einer dieser gewissenlosen Tintenkulis anläßlich des achtjährigen „Klassenkampf"-Verbots: „Einen besseren Zweck würde das Druckerei-Gebäude des „Klassenkampf", dienen, wenn es zu einer Reichswehrkaserne eingerichtet würde." Hoffentlich geht es diesem Schreibknecht nicht so wie seinen Kollegen Meyer und Mischner, die sich ebenfalls immer bemüht haben, durch die Hetze gegen die Arbeiterschaft ihrem Chef zu gefallen und jetzt doch auf die Straße gesetzt werden.

Verteilung von Lebensmitteln an die Erwerbslosen

Im Auftrage des Kartellvorstandes des ADGB. haben die Kollegen Förster und Jülicht mit den Vertretern des hallischen Handels Verhandlungen geführt über eine Unterstützung der Erwerbslosen. Nach längeren Bemühungen ist es gelungen, den etwa 4000 nicht unterstützungsberechtigten Erwerbslosen einige Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, um einige Tage über die drückendste Not hinweg zu kommen. Bei diesen Verhandlungen muß besonders hervorgehoben werden, daß Herr Knäusel als hallischer Fettwarenhändler sich ganz besonders darum bemüht hat, den Arbeitslosen das zu geben, was sie im Augenblick am notwendigsten gebrauchen. Nachdem nun auch die Bäcker sich entschlossen hatten, helfend einzugreifen, kommen am Mittwoch, dem 17. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in der Talamtschule 4000 Brote und 4000 Würfel Margarine kostenlos zur Verteilung.

Die Arbeitslosen können hieraus ersehen, daß das hallische Gewerkschaftskartell als die größte Verbraucherorganisation auf dem Posten ist, um dort helfend einzuschreiten, wo es am dringendsten notwendig ist. Es wird Aufgabe der Arbeiterschaft sein, ihre freigewerkschaftlichen Organisationen zu stärken, ihre Reihen zu füllen, um mit größerer Schlagkraft die Interessen des Proletariats zu vertreten.

Gewerkschaftskartell Halle.

Hilfe für Kleinrentner

Die Fürsorgestelle für Sozial- und Kleinrentner schreibt uns: Die Fürsorgestelle für Kleinrentner ist in der Lage, einer ganzen Anzahl von Kleinrentnern, die noch ein oder zwei Zimmer abvermieten können, solche Einzelpersonen oder kinderlose Ehepaare als Mieter nachzuweisen, die gewillt sind, den Rentner ganz zu ernähren und ihm auch eine Barentschädigung zu geben. Nachfragen Kleine Steinstraße 8, Zimmer 9.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Baugewerksfach Halle. Wir bringen unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß durch Beschluß einer Mitgliederversammlung unser Bureau bis auf weiteres am Montag, Mittwoch und Donnerstag jeder Woche, von nachmittags 4 Uhr an, vollständig geschlossen bleibt. Zur Erledigung der Kassengeschäfte wird die Geschäftszeit am Dienstag und Freitag wie bisher von 10 bis 1 Uhr vormittags und 4 bis 7 Uhr nachmittags aufrechterhalten. Sonnabends von 10 bis 2 Uhr.

Emil Eichhorn

spricht morgen (Donnerstag) abend, 8 Uhr, im „Volkspark" über:

„Hat der Kapitalismus überhaupt noch Existenzberechtigung?"

Genossen und Arbeiter, sorgt für Massenbesuch!

Ein Wort an die Jugend im Holzarbeitergewerbe

In einer Zeit der schwersten Bedrängnis, in der es um Sein oder Nichtsein des Deutschen Volkes geht, richtet der Deutsche Holzarbeiterverband ein ernstes Wort an Euch, Ihr Lehrlinge, jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter der Holzindustrie. Noch zu keiner Zeit war ein Volk so bedrängt wie heute das deutsche. Der massenmordende Weltkrieg hat alle Grundlagen unseres gesellschaftlichen und persönlichen Lebens auf das tiefste erschüttert. Alles, was ursprünglich fest und sicher erschien, ist aus den Fugen gegangen. Wir leben in einer Zeit der Unsicherheit und Unklarheit. Ihr Jugendlichen, die Ihr heute aufwacht, habt normale Verhältnisse nicht gekannt. So lange wie Ihr denken könnt, waren Kummer und Sorge Eure ständigen Begleiter. In solcher Zeit ist es doppelt nötig, klaren Blick zu haben und dem heute so stark verbreiteten Pessimismus nicht zu verfallen. Ihr, die Jugend von heute, seid die Träger der kommenden Zeit. Viel, ja alles wird davon abhängen, inwieweit es Euch gelingen wird, Euch für die Erfüllung der großen Aufgaben vorzubereiten. Wehe der Jugend, die versagt und die Zeichen der Zeit nicht versteht. Eure älteren Berufskollegen wenden sich heute an Euch, damit Ihr den Weg geht, der Euch mit Sicherheit durch die Fährnisse der Zeit führen wird.

Der Deutsche Holzarbeiterverband, in dem sich die Arbeiterschaft aus der gesamten Holzindustrie zur Wahrung ihrer Interessen zusammengeschlossen hat, ist eine der größten deutschen Gewerkschaften. Ihm gehören 450 000 Mitglieder in mehr als 1000 Orten Deutschlands an, darunter befinden sich 35 000 jugendliche Mitglieder. Er will Euer Berater und Beschützer sein. Für die jugendlichen Mitglieder gibt der Verband eine besondere Zeitung heraus. Diese erscheint allmonatlich und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt. Die Zeitung enthält belehrende und unterhaltende Aufsätze aus dem beruflichen und gewerkschaftlichen Leben. In allen Jugendabteilungen des Verbandes herrscht ein frisches Jugendleben, und Du Lehrling, jugendlicher Holzarbeiter und -arbeiterin, wirst herzlich eingeladen, mit daran teilzunehmen. Es wird Euch schon klar geworden sein, daß der Mensch nicht allein vom Brot leben kann, das heißt: es geht nicht, daß man nur arbeitet, um zu essen, und nur ißt, um zu arbeiten. Der Mensch ist zu höheren Aufgaben geboren. Er soll alles, was an Kulturwerten auf dieser Welt vorhanden ist, sich zu eigen machen. Er soll alles verstehen lernen, er soll Persönlichkeit werden und diese entfalten. Es darf Euch nicht gleichgültig sein, was über den Rahmen Eures Berufes hinaus auf dem Gebiete der Technik, der Wissenschaft, der Kunst oder im gegenwärtigen Wirtschaftsleben vor sich geht. Niemand darf sagen, daß ihm dies alles nichts anginge. Nein, alle diese Dinge gehen Euch unendlich viel an, ja, eigentlich geschieht alles nur Euretwegen. Fragt Euch selbst, ob nicht so manche Stunde mit der Lektüre eines gleichgültigen Schundromans oder dem Beschauen eines Kinodramas nutzlos vertan worden ist. Es gibt keine Wiederkehr verlorener Stunden. Darum nutze die Zeit aus.

Ihr seht aus alledem, daß die Jugendabteilung des Deutschen Holzarbeiterverbandes neben der Wahrung Eurer wirtschaftlichen Rechte sich große Aufgaben und Ziele gesteckt hat, an deren Erfüllung ihr fleißig mitarbeiten sollt.

Darum säumt nicht lange und werdet wie alle Eure Lehr- und Arbeitskollegen Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und -arbeiterinnen der Holzindustrie, frisch ans Werk! Kommt alle in die nächste Versammlung der Jugendabteilung des Deutschen Holzarbeiterverbandes am Donnerstag, dem 18. Oktober, im Gewerkschaftshaus.

Parteibeiträge

für die 42. Woche (3. Oktoberwoche):	für die 43. Woche (4. Oktoberwoche):
1. Klasse 10 Mill. Mk.	**1. Klasse 15 Mill. Mk.**
2. „ 6 „ „	**2. „ 10 „ „**
3. „ 2 „ „	**3. „ 5 „ „**

Restanten müssen die zur Zeit der Kassierung geltenden Marken kleben. Pünktlich einkassieren und Monatsabrechnung sofort erledigen.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

Die Parteibeiträge für die **Ortsgruppe Halle** betragen

für die 42. Woche (3. Oktoberwoche):	für die 43. Woche (4. Oktoberwoche):
1. Klasse 12 Mill. Mk.	**1. Klasse 18 Mill. Mk.**
2. „ 8 „ „	**2. „ 12 „ „**
3. „ 2 „ „	**3. „ 5 „ „**

Ortsleitung Halle.

* **Feuer.** Sonntag nachmittag wurde die Feuerwehr nach Weingärten gerufen. Dort hatten vor der Freyberg-Brauerei Kinder einen hohlen Baum in Brand gesteckt. Die Feuerwehr konnte nach zehn Minuten Tätigkeit wieder abrücken.

* **Der Hunger.** In der Nacht zum Sonnabend ist in ein Lebensmittelgeschäft in der Straße Spitze eingebrochen worden. Gestohlen sind etwa 45 Pfund Hausmacher-Rot- und Leberwurst, Speck, zehn Büchsen Ochsenmaulsalat und Aufschnittfüllge, Zwiebäcke, Schokolade usw.

* **Wo hat die Bücher gestohlen?** Bei der Kriminalpolizei, Zimmer 38, befinden sich folgende Bücher, die auffallend sind und anscheinend aus einer Straftat herrühren. Sie führen folgende Titel: „Tatmensch" von Hesling und „Geistige Hemmungen" von Karl Neda. Der Geschädigte wolle sich bei angeführter Dienststelle melden.

Theater und Konzerte

Der Arbeiter-Bildungsausschuß beabsichtigt, am Sonntag, dem 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, das Stadttheater zu mieten. Gespielt wird „Zigeunerliebe" zum Preise von 250, 180, 130 und 90 Millionen Mark. Bestellungen müssen bis Donnerstag beim Genossen Kunstschaub, Große Klausstraße 7, eingereicht werden.

Ammendorf. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurden die Strompreise für September auf 13 800 000 Mark für Licht und auf 10 300 000 Mk. für Kraft festgesetzt. Die Preise für Gas betragen in der ersten Oktoberwoche 19 000 000, in der zweiten 80 000 000 Mark. Die Zuschläge zur Grundmiete sind durch Verfügung des Regierungspräsidenten vom 29. September für Verwaltungskosten auf 12 000 000 Mark und für laufende Instandsetzungsarbeiten auf 32 000 000 Millionen festgesetzt. Demnach beträgt die Miete ab 1. Oktober 1923 das 440 000fache der Grundmiete. Der Kreis der großen Instandsetzungsarbeiten bleibt auf den § 5 des Reichsmietengesetzes beschränkt. Der Passus in den alten Bekanntmachungen: „Als große Instandsetzungsarbeiten gelten solche Arbeiten, deren Kosten den zehnfachen Betrag der Grundmiete eines Hauses übersteigen", kommt demnach ab 1. Oktober in Wegfall. Die Wohnungsbauten, sowie die produktive Erwerbslosenfürsorge mußten eingeschränkt bzw. eingestellt werden, da die in Frage kommenden Instanzen die Gesamtmittel verweigern. Auf eine Anfrage der kommunistischen Vertreter, wie weit die Kartoffelversorgung der Gemeinde sichergestellt sei, wurde erwidert, daß die Lage geradezu trostlos ist, da den zum Aufkauf beauftragten Kartoffelhändlern und Gemeinden die eingesandten Gelder wieder zurückgeschickt worden seien. An den Reichsernährungsminister sei eine Resolution gesandt worden, damit den unteren Behörden das Beschlagnahmerecht übertragen wird. Es wurde dann eine Kommission zur Einrichtung einer Volksküche, eines Entbindungsheimes und eines Altersheims eingesetzt. Das Marktstandgeld wurde auf den Satz eines gewöhnlichen Fernbriefes bis zu 20 Gramm erhöht. Auch die Hundesteuer wurde der Geldentwertung angepaßt. Dem Erlaß eines Nachtrages zur Vergnügungssteuerordnung wurde zugestimmt. Die Erwerbslosen haben einen Antrag auf Lieferung von Naturalien gestellt und gefordert, in der Gemeindevertretersitzung gehört zu werden. Dem wurde zugestimmt. Der Erwerbslosenrat schilderte die krassen Notzustände unter den Erwerbslosen. Allein in Ammendorf befinden sich über 300 Arbeitslose und über 1000 Kurzarbeiter. Er forderte, daß sofort für die Erwerbslosen etwas getan werden müsse. Er schlug folgende Unterstützung vor: pro Woche und Kopf ½ Zentner Kartoffeln, ½ Zentner Kohlen, ein Pfund Fleisch, ein Pfund Fett, sowie Festsetzung eines Pauschalsatzes für Lichtgeld. Von allen Rednern wurde die Notlage der Erwerbslosen anerkannt. Der Gemeindevorsteher versprach, alles zu tun, um die Not zu lindern. Die Massenspeisung soll sofort eingeführt werden.

Braschwitz. Ein wildgewordener Agrarier. Am Sonnabend wurde ein Arbeiter aus Halle mit seinem 15jährigen Sohne und dessen 13jährigen Freunde von dem Inspektor Ehrlich aus Braschwitz beim Kartoffelstoppeln angetroffen. Der Inspektor hetzte ohne weiteres seine beiden dressierten Schäferhunde auf die drei Leute und schlug mit einem dicken Eichenstock auf den Arbeiter ein. Nachdem er seine Wut ausgelassen hatte, befahl er dem Arbeiter, der kaum noch stehen konnte, und dem Hände und Arme von den Biß- und Hiebwunden bluteten: „Jetzt bringt Ihr Spitzbubenpack, Ihr Kommunistenbande, die Kartoffeln nach dem Gute." Als der Arbeiter ihn aufmerksam machen wollte, daß er mit seinen zerschlagenen Gliedern den Wagen nicht schieben könne, wurde er weiter bedroht. Mit den Ellenbogen mußte der Arbeiter dann den Handwagen bis zum Gute schieben. Der Verwalter und der Aufseher hatten die Erlaubnis zum Kartoffelsammeln gegeben. Die Arbeiter des Gutes bekundeten, daß nur die größten Kartoffeln vom Gute gesammelt würden, während die kleinen mit untergepflügt werden. Die Arbeiter verbungern und die Agrarier lassen die Kartoffeln umkommen. Wie lange wollen die Proleten diesem Treiben noch zusehen?

Arbeiter-Sport

An alle KPD.- und KJ.-Genossen in den Arbeiter-Turn-, Sport- und Kulturorganisationen!

Die Arbeiterklasse leidet schwer unter den Schlägen des wirtschaftlichen Zusammenbruches in Deutschland. Dazu kommt, daß die Reaktion immer kühner ihr Haupt erhebt. Die Offensive auf den Achtstundentag, die Reichsverfassung, die Demokratie treiben immer stärker zur Verelendung. Gleichzeitig damit geht der politische Angriff der Reaktion auf das Proletariat. Die Regierung, als ein Teil der Reaktion, hält sich schützend vor sie.

Die Tatsachen zwingen die Arbeiterklasse, alle verfügbaren Kräfte zusammenzuschweißen. Niemand kann und darf abseits vom ernsten Kampfe stehen. Die Organisationstätigkeit muß in den Dienst des Kampfes der Proletarier gegen die Reaktion gestellt werden. Der Proletarier geht zur Entfaltung zugrunde. Seine Organisationen werden finanziell zerrüttet. Das ist Politik. Er muß dieser Politik seine Klassenpolitik entgegensetzen. Alle Organisationen müssen ihre Tätigkeit auf das eine Ziel: Sturz des kapitalistischen Systems, konzentrieren.

Keinen Arbeiter-Turner und -Sportler darf es in den Organisationen geben, der nicht weiß, daß er alle seine Kräfte in den Dienst der großen proletarischen Sache zu stellen hat. Was nützt dem Proletarier die Turnhalle und der Sportplatz, wenn er durch den Bann des Achtstundentages nicht mehr die Zeit findet, diese Stätte zu besuchen. Was nützen die Arbeiter-Turn- und Sportorganisationen, wenn sie durch den Sieg der Reaktion zerschlagen und auseinandergetrieben werden. Die Stunde ist ernst. Wir rufen allen Genossen zu: Kehrt Eure Gesinnungen in den Organisationen auf. Neutralität ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Kampfe aktiv gegen den Faszismus und Kapitalismus. Alle Macht in die Hände der Arbeiterklasse.

Die KPD.- und KJ.-Genossen in den Arbeiter-Turn-, Sport- und Kulturorganisationen wenden sich an die KPD. Bruno Lieske, Berlin O 17, Straßauer Allee 25 a.

Die Reichsfraktionsleitung.

Arbeiterturnverein Geiseln. Infolge der hohen Lichtpreise werden die Uebungsstunden bis auf weiteres auf Sonntag vormittag von 10 bis 12 Uhr verlegt.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Nietleben — Wörmlitz lieferten sich am Sonntag ein schönes Spiel. Resultat 4 : 2 für Nietleben (2 : 2); Wörmlitz Jugend — Nietleben Jugend 0 : 4 für Nietleben (0 : 1); Fichte-Ammendorf I. — Wörmlitz 3 : 1 (1 : 0) für Ammendorf; Nietleben — Ammendorf 2. 11 : 1 (6 : 1) für Nietleben. Faustballerstaffel: Dieskau — Radewell 1. 62 : 87; Dieskau — Brachwitz 82 : 77; Radewell 1. — Bruckdorf 68 : 66; Raundorf — Kanena, Kanena nicht angetreten (Punktverlust).

Heutige Devisenkurse

	17. 10. (nichtamtlich) Geld	Brief	16. 10. (amtlich) Geld	Brief
Amsterdam	1 800 000 000	—	1 596 000 000	1 604 000 000
Brüssel	—	—	213 495 500	214 503 500
Italien	—	—	184 537 500	185 462 500
London (1 Pfd. Sterling)	21 000 000 000	—	18 453 750 000	18 546 250 000
Neuyork (für 1 Dollar)	4 625 000 000	—	4 089 750 000	4 110 250 000
Paris	—	—	259 356 500	260 651 000
Schweiz	830 000 000	—	750 170 000	753 830 000
Wien (D.-Oesterr. abgest.)	—	—	57 057 000	57 343 000

1 Goldmark am 16. Oktober (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 976 196 474 Papiermark.

10 Uhr vorm.: Dollar 4 625 000 000 Mk.

Verantwortlich: Ferdinand Mengel, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231017-12/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Die Krähen

17] Roman von Janos Gyetvai

Als ich dort anlangte, setzte sich gerade ein Wagen in Bewegung. Dieser war mit gefesselten Menschen vollgeladen. Als ob mir jemand gesagt hätte, daß sich auch Karoly unter ihnen befinde.

„Karoly! Mein Gott, wohin führen sie ihn? Leute, wohin führt Ihr ihn?" — schrie ich dem Wagen nach. Auf dem Wagen standen Gendarmen, das Gewehr in der Hand.

„Zum Galgen, schöne Frau" — rief mir der eine lachend zu.

Ich schrie auf und lief dem Wagen nach. Bei der einen Biegung entschwand er meinen Augen.

Ich konnte nicht weiter, brach zusammen.

Auf glühenden Kohlen mußten die Armen tanzen . . .

Es wurde Winter und ich hütete noch immer das Bett.

Kein sichtbares Leiden hatte ich. Auch schmerzte mich nichts. Nur mein Herz ging manchmal so unregelmäßig, daß ich vermeinte, das Kreisen meines Blutes müßte im nächsten Augenblick aussetzen.

Aufstehen konnte ich nicht. Als ob alle meine Glieder gelähmt wären. Doch dachte ich auch gar nicht ans Aufstehen. Wozu? Was soll ich tun? Wohin soll ich gehen?

Karolys Schwester kam zu mir herüber und pflegte mich.

Karolyka saß immer neben mir, lallte, spielte, sprach zu mir, als wollte das gute Kind mich trösten. Und von Zeit zu Zeit fragte es:

„Wo ist der Vater? Kommt er nicht bald zurück?"

Ich glaubte, das Herz müsse mir bersten:

„Bald, sehr bald kommt er zurück, wird Dir ein schönes Jahrmarktsgeschenk bringen."

Lange, sehr lange wußte ich nicht, was mit Karoly geschehen sei. Wir konnten keine Nachricht erhalten.

Endlich kam jemand aus Berenny, erzählte, daß er ihn gesehen habe. Karoly sei zusammen mit den übrigen im Kerker des Komitatsgebäudes eingesperrt. Aus allen Gegenden und Dörfern gab's dort Leute. Ich erfuhr auch, daß sie anderthalb Monate lang Tag für Tag blutig geschlagen wurden. Die Zivilherren und Offiziere gingen jeden Abend ins Komitatsgebäude, und es war ihre tägliche Belustigung, daß sie die Armen halbtot schlugen. Manchmal mußten diese dann vor den Herren tanzen, auf den Fußboden wurden glühende Kohlen gestreut, auf diesen mußten sie barfuß herumhüpfen. Die Herren aber lachten darüber. Kamen aus anderen Städten Herren und Offiziere zu Besuch, so begaben sich diese ebenfalls ins Komitatshaus und prügelten die Gefangenen solange, bis sie müde wurden.

Als ich dies vernahm, hatte ich das Gefühl, als wäre mein Gehirn in Brand geraten.

Ich wollte nach Berenny. Man ließ mich nicht. Zwang mich, im Bett zu bleiben. Ich sagte, es fehle mir nichts. Da hieß es, ich sei krank, müsse das Bett hüten. Wiewohl ich mich wieder ganz kräftig fühlte.

Ich wartete, lauerte auf die Gelegenheit, allein gelassen zu werden. Da stand ich auf und versuchte zu gehen. Hatte die Empfindung, auch den längsten Weg zurücklegen zu können.

Und eines Nachts machte ich mich auf den Weg. Aber Karolys Schwester ertappte mich dabei und brachte mich zurück. Seither schlief sie jede Nacht bei mir, hütete mich.

„Bald wird Karoly heimkommen, alle sagen es" — sprach sie.

Und einmal kam er dann wirklich heim. Sie brachten ihn in Ketten, wie sie ihn fortgeführt hatten.

O, hätten sie ihn lieber nicht zurückgebracht.

Denn nun kam das Grauenhafteste.

Ein Sturm wirbelte über dem Dorf . . .

Ich erinnere mich an alles. Erinnere mich an alles so klar, daß ich es noch immer mit schneidender Schärfe vor mir sehe.

An dem Tag, da Karoly mit seinen Kameraden heimgebracht wurde, schneite und windete es gotteslästerlich.

Es war Ende November. Der Sturm wirbelte über dem Dorf, als wollte er es samt allem von der Erdoberfläche fegen. Peitschte den Schnee von den Dächern, ließ ihn von der Straße aufwirbeln, daß man aus den Fenstern nicht einmal die Nachbarhäuser sehen konnte. Den ganzen Tag tobte der Sturm und auch die ganze Nacht, die Nacht des Grauens. In gewaltigen Scharen zogen über dem Dorf die Krähen hin und her. So viel Krähen gab es noch nie in dieser Gegend. Die Bauern prophezeiten einen harten Winter. Vielleicht wußten die Krähen, was sich hier vorbereitete. In jener Nacht schienen sich alle Krähen über dem kleinen Wald versammelt zu haben. Und sie sind noch immer da.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Stiller, Leute, darüber darf nur leise gesprochen werden."

Mendel Varga blickte sich um.

„Seht Ihr am Abend den Gendarmen?"

„Nein. Er kommt seit langem nicht mehr her."

„Bald können wir auch die Gerippe bestatten", erklärte der alte Gizel flüsternd. „Mir scheint, sie würden es uns nicht verwehren."

„Kann sein. Es war des Beispiels genug für das Volk, denken sie."

Langes Schweigen.

„Es war genug", sprach jemand still.

Mendel Varga erhob sich wieder, um Reisig zu holen. Langsam schritt er den Wald ab, schaute nach allen Richtungen aus, soweit sein Blick reichte.

„Kein Mensch ist da", sprach er, zurückblickend.

Er hatte mit dem Raschela das Reisig eine Schar Krähen aufgescheucht, und diese kreisten nun krächzend über ihnen.

„Hört Ihr sie?" fragte Elszter, die Stimme zu beklommenem Flüstern dämpfend. „Auch damals krächzten sie so, doch waren ihrer hundertmal mehr, und mit ihnen krächzte der pfeifende Sturm."

Sie nannten es Volksurteil . . .

Als ich vernahm, daß Karoly zurückgebracht worden sei, stand ich mit solcher Eile aus dem Bett auf, wie ich nur konnte, und strebte schier laufend in die Richtung des Gemeindehauses. Nun hätte mich keine Macht der Welt zurückzuhalten vermocht.

Das Gemeindehaus war von Soldaten umgeben. Zwei standen am Tor, die übrigen waren im Hof und in den Korridoren untergebracht. Ich sah auch Offiziere. Diese kamen aus dem Notarzimmer oder gingen dort hinein. Ich befand mich bereits im Korridor. Die Soldaten am Tor erblickend, ging ich durch den Hof, wo ich von niemandem angehalten wurde.

Was soll ich tun? Wen soll ich fragen? Wie könnte ich erfahren, wo Karoly ist? Wie könnte ich mit ihm sprechen, selbst um den Preis, daß ich gleich nachher erschlagen werde? Soll ich ins Notarzimmer gehen, oder soll ich einen der Soldaten fragen, oder soll ich warten, bis ein höherer Offizier vorbeikommt?

Die Tür des Notarzimmers öffnete sich. Der Gutsherr und ein Offizier traten heraus.

Ich erschrak. Wenn mich der Gutsherr erblickt, wirft er mich wieder ins Gefängnis und dann kann ich Karoly nicht sehen.

Ich zog mich in die Ecke des Korridors zurück, stellte mich in eine Fensternische, das Gesicht dem Fenster zugekehrt.

Plaudernd gingen sie an mir vorbei, bemerkten mich nicht. Ich hörte, wie der Gutsherr sagte:

„So wird es das beste sein. Man muß ein Beispiel statuieren. Diese Form ist die zweckdienlichste. Diener!"

Sie suchten den Gemeindediener. Den Ruf vernehmend, kam dieser auch gleich aus dem Zimmer der Gendarmen.

„Befehlen, Euer Gnaden?"

Ich schielte heimlich in das Zimmer. Als hätte ich auf den Prätschen Gendarmen und auch gefesselte Menschen erblickt. Und auch Karoly . . .

Ich preßte die Hand an den Mund, um nicht aufzuschreien.

Der Gutsherr sprach zu dem Gemeindediener:

„Nimm sofort die Trommel und gib bekannt, daß sich das Dorf um drei Uhr vor dem Gemeindehaus zu versammeln habe!"

Es verschlug mir den Atem. Mein Gott, was wird geschehen, was ist ihre Absicht? Vielleicht werden sie Karoly und seine Kameraden freilassen! Wie wird es besser sein? Wenn ich hier warte, bis ich Karoly erblicke oder wenn auch ich um drei Uhr vor dem Gemeindehaus bin, dort sehe ich Karoly bestimmt."

Ich wartete ab, bis der Gutsherr mit dem Offizier zurückgegangen war, dann schlüpfte ich aus meinem Versteck und schlich abermals über den Hof, auf die Straße. Ich eilte nach Hause. Hörte bereits das Trommeln des Gemeindedieners vor der Kirche.

Daheim schritt ich die ganze Zeit auf und ab, die dritte Stunde erwartend. Dann machte ich mich auf den Weg.

Vor dem Gemeindehaus waren schon viele versammelt. Sie frören und warteten ungeduldig. Ich hörte, wie jemand sagte:

„Wir vielleicht ich gerne gekommen? Weiß der Teufel, was da geschehen wird. Doch sind Soldaten da, und so mußte ich kommen."

Ich zog das große Tuch ganz übers Gesicht, um nicht erkannt zu werden.

Wieder hörte ich jemanden sprechen:

„Ich weiß es nicht, denke es mir nur."

„Vielleicht werden sie an uns eine Ansprache richten, und dann die armen Teufel frei lassen."

„Ich hörte, daß sie sie dem Urteil des Volkes überantworten wollen."

„Dem Urteil des Volkes?"

Da lösten sich einige langsam aus der Schar und verschwanden.

(Fortsetzung folgt.)

★ Was sollen wir lesen? ★

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Halle: Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktivgenossenschaft, Zerchelstraße 14, in deren auswärtigen Filialen, sowie in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44; Magdeburg: Buchladen der „Tribüne", Jakobstraße 4.

Die Lage des russischen Arbeiters*)

Das deutsche Proletariat befindet sich in einer beispiellosen Periode der Teuerung und des Hungers. Zerstoben sind die Illusionen des Teiles der Arbeiterschaft, der von der Scheindemokratie und der Arbeitsgemeinschaftspolitik eine Periode der Stabilität und des sogenannten „sozialen Aufstiegs" erwartete. Von den Versprechungen der Sozialdemokraten ist nichts übrig geblieben als die Hinterhältigkeit, mit der sie gegeben wurden.

Als die deutsche Sozialdemokratie im Verein mit der Gewerkschaftsbureaukratie 1919 und später die Revolution abwürgen ließ durch Weiße Garden und spitzfindige Tarifverträge, tat sie dies mit der Begründung, sie wolle Deutschland vor dem Chaos schützen, das der Bolschewismus über Rußland gebracht habe.

Inzwischen stehen wir in Deutschland bereits mitten im Chaos drin, während der Bolschewismus es soweit gebracht hat, daß es in Rußland auf solider Grundlage langsam aber sicher aufwärts geht.

Die reformistischen Führer haben systematisch versucht, Unklarheit und Mißtrauen über Sowjet-Rußland unter den Arbeitern zu verbreiten. Die in Deutschland lebenden russischen Menschewisten, die immer noch nicht verwinden können, daß die revolutionäre Entwicklung sich um ihre astrologischen Weissagungen nicht kümmerte, lieferten ihnen dazu das Material.

Einem solchen reformistischen Schmierfinken, dem Menschewisten Dan, der im Auftrag der VSPD. zur Verbummung der deutschen Arbeiter Broschüren gegen die Sowjetmacht verfaßte, legt J. Nesnikoff in einer soeben erschienenen Broschüre das Handwerk. Er zerstreut die Angriffe Dans, indem er durch genaue tabellarische Feststellungen ein Bild der Lage des russischen Arbeiters zeichnet.

Der Haupteindruck der Feststellungen Nesnikoffs ist, daß im Gegensatz zu den Verhältnissen in Deutschland die Lage des Arbeiters in Rußland sich von einer stabilen Grundlage aus aufwärts bewegt. Die Einführung des Warenrubels als Berechnungsfaktor hat die Möglichkeit gegeben, den Arbeiter vor den Folgen der Valutaschwankungen zu schützen. Bei der Festsetzung des Lohnes spielen die Gewerkschaften die ausschlaggebende Rolle, und die Tabellen zeigen eine stete Aufwärtsbewegung der Reallöhne in den letzten anderthalb Jahren. Noch ist Sowjet-Rußland nicht über alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinweg und manche notwendige Forderung muß zurückgestellt werden, aber die Sanierung schreitet fort; die „Ruhe und Ordnung", die Noske mit Maschinengewehren in Deutschland einführen wollte, herrscht im revolutionären Rußland. Nur das es dort keine Kirchhofsruhe, sondern die Ruhe intensiver Produktion und gesellschaftlich wertvoller Arbeit ist.

Nicht nur über die Löhne, sondern auch über Arbeitszeit, Sozialversicherung — die in Sowjetrußland besonders ausgebaut ist — und über die Tätigkeit der Gewerkschaften in Rußland berichtet die Broschüre. Sie ist besonders in der jetzigen Zeit für die Agitation in den Betrieben und Gewerkschaften ein unentbehrliches Hilfsmittel. Eine besondere Agitationsausgabe zu herabgesetztem Preis erleichtert den Vertrieb der Broschüre.

„Schlageter." Eine Auseinandersetzung zwischen Karl Radek, Paul Frölich, Graf Ernst Reventlow und Möller von den Bruck. Nachdem diese vom Verlag der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten herausgegebene Schrift längere Zeit vergriffen war, ist jetzt wieder eine Neuauflage erschienen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit unsere Genossen auf die Wichtigkeit der Verbreitung unserer Schriften in nationalen und Mittelstandskreisen hinweisen, indem wir in Nachstehendem einen kurzen Auszug aus einer Besprechung dieser Arbeit aus einer Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitergeberverbände, „Der Arbeitgeber", bringen. Dies Blatt schreibt u. a.:

Ich möchte von Einzelheiten absehen und bei Besprechungen dieses merkwürdigen und geschichtlichen Heftes nur auf Grundsätzliches eingehen. Es läßt sich m. E. in einem Satz zusammenfassen: Radek, der geniale Führer und Interpret bolschewistischer Weltanschauung, hat es glänzend verstanden, durch Entlassung dieser Diskussion nationale Kreise einzuwirken. Mit der ihm eigenen Schärfe des Geistes und der Feder wirft er seine Gedanken wie Bälle ins andere Lager, Bälle, die drüben anscheinend ins Schwarze treffen. Auch wenn Möller von den Bruck sich abziehend verhält, Reventlow nur zögernd den Ball auffängt, so ist doch dies ganze Spiel mit Bällen ein Spiel mit Handgranaten, die leicht explodieren können. Aus unserer Kenntnis der Anweisungen der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Radeks Bureau, über Propaganda unter dem Mittelstand und der Landbevölkerung, wissen wir, daß auch diese Diskussion nur eine Propaganda für bolschewistische Ideen ist, wie sie meisterhafter gar nicht gedacht werden kann. Die Herren, die sich darauf sogar in der Roten Fahne selbst eingelassen haben, sollten schleunigst damit aufhören, da sie sich bei dem ihnen weit überlegenen Gegenspieler leicht eine gehörige Schlappe holen und in unreifen Gebinden und wirren Köpfen nur heillosen Unheil stiften könnten, wie es ja auch bereits u. a. in der Zugendbewegung geschehen ist."

Diese Besprechung beweist die große Furcht der Industriellen um die ihnen noch Untergebenen. Aber gerade in diesem Augenblick, wo die Ruhr-Industriellen ganz offen zum „Erbfeind" übergehen, um die deutsche Arbeiterschaft im entscheidenden Augenblick mit Hilfe der französischen Bajonette niederzuschlagen, ist es wichtig und Aufgabe eines jeden Parteigenossen, „Bälle" von der Art und Kraft dieser Broschüre in das feindliche Lager zu werfen. Der Grundpreis dieser Broschüre ist 0,40 Mk.

*) J. Nesnikoff: Die Lage des russischen Arbeiters. Bibliothek der Roten Gewerkschafts-Internationale, Band 21. Führer-Verlag, Berlin NW. 6, Charitestr. 7. Grundzahl 0,30 Mk., Schlüsselzahl des B.-B.; für Organisationen besondere Schlüsselzahl.

Die Moskauer landwirtschaftliche Ausstellung

Von Ludwig Magyar

Das alte und das neue Dorf

Moskau, 1. Oktober.

Die Ausstellung dient auch Agitationszwecken. Gestern hat zum Beispiel vor den Besuchern der Ausstellung eine Diskussion über die alte und die neue Hütte stattgefunden. Aerzte, Ingenieure haben über die alte und neue Hütte gesprochen, und die alte Hütte ist zum Tode verurteilt worden. Es wurde bewiesen, daß die enge, finstere alte Hütte gesundheitsschädlich ist, viel Heizmateral erfordert, sehr feuergefährlich und nicht dauerhaft ist. Dann wurden alle Vorzüge der neuen Hütte erklärt. Sie ist billiger, gesunder, dauerhafter und nicht so feuergefährlich. Die Bauern hörten der Diskussion aufmerksam zu, und weil der anschauliche Unterricht die beste Lehrmethode ist, besichtigten sie sofort die alte Hütte, die ihnen gut bekannt ist und die neue Hütte, die erst bekannt werden muß. Die Abstimmung entschied zugunsten der neuen Hütte.

Die Sache bedeutet auf den ersten Blick eine Kleinigkeit. In Wirklichkeit aber ist sie eine der wichtigsten Fragen der Volksgesundheit. Ungefähr neunzig hundert Millionen Dorfbewohner leben noch in den alten traditionellen Holzhäusern, die hier „Jiba", Hütte genannt werden. Diese „Jiba" sind unglaublich eng, feucht, ungesund und haben unbeschreibliche Schäden mit sich gebracht. Nur eine verbrecherische Regierung, wie die zaristische, nur verbrecherisch herrschende Klassen, wie die der russischen Großgrundbesitzer und Großbourgeoisie konnten es jahrzehnielang dulden, daß Millionen und aber Millionen von Bauern in diesen engen, feuchten, ungesunden, finsteren „Jiba"-Kerkern schmachteten. Das Wohnungswesen in den Dörfern muß revolutioniert werden. In der Ausstellung geschieht dies durch anschaulichen Unterricht.

Das alte Dorf kämpft noch gegen das neue; aber es unterliegt keinem Zweifel, daß das neue Dorf siegreich aus diesem Kampf hervorgehen wird. Die Schöpferkraft der Massen, diese instinktive, elementare Kraft, wird dem neuen Dorf zum Siege verhelfen . . .

Die Gewerkschaft der Schneiderarbeiter hat die Besucher der Ausstellung mit einem Theaterstück überrascht, das ebenfalls diese Frage behandelt. Der Verfasser des Stückes ist ein Arbeiter; für die Regie und Ausstattung sorgten die Arbeiter selbst, und auch die Schauspieler waren Arbeiter.

Im alten Dorfe herrschen Trunkenheit, Rückständigkeit, geistige Finsternis, und in dieser verwilderten, halbbarbarischen Umgebung kommt auch die Fröhlichkeit des Volkes fast nur in groben, oft blutigen Raufereien zum Ausdruck. Der Pope ist der geistige Führer des Volkes, und in der Armut und Verelendung gibt der „Samogonka", der Branntwein, die einzige Unterhaltung der Dorfbewohner ab. Draußen tobt der Krieg . . . Dann kehren aber Soldaten von der Front zurück; Arbeiter kommen aus der Stadt und erzählen wundervolle Dinge darüber, was in den Städten los ist. Dort gibt es keine Generale, keine Großgrundbesitzer, keine reichen Bankiers mehr, die Arbeiter verwalten die Betriebe, die Arbeiter verwalten das Land; dort, in den Städten, gibt es keinen Wodka, kein Branntwein mehr; die Wirtshäuser sind leer, während die Arbeiterklubs voll sind und selten sieht man einen Betrunkenen auf den Straßen der Städte. Es gibt noch kein Eldorado, aber die Arbeiter haben wenigstens schon angefangen, sich ein neues, reineres, fröhlicheres Leben zu schaffen. Die Soldaten und Arbeiter rufen die Bauern auf, sich auch ein reineres, besseres Leben zu schaffen. Ein Teil der Bauern lacht, macht grobe, höhnische Bemerkungen, schimpft und droht; ein anderer Teil wird nachdenklich und ein weiterer Teil erklärt: „Wir müssen die Sache auch erproben." Die Probe wird gemacht. Im dritten Akt sehen wir schon die Anfänge des neuen Lebens, die ersten Resultate und Erfolge der vielen Anstrengungen: das neue Dorf. Die Straßen sind rein, die Hütten gesunder, die Bauern fröhlicher, das Wirtshaus ist leer, die „Jiba-Tschitalnja", die Hütte-Leselhalle füllt sich. Die alten Bauern brummen noch, schimpfen ein wenig auf das neue Dorf; die Jungen aber sind heiter und zufrieden. Das neue Dorf besiegte das alte Dorf.

Dies ist der Inhalt des Theaterstückes. Einige Tausend Bauern haben das Stück gesehen, applaudierten begeistert und sind Anhänger des neuen Dorfes geworden, worin der Hauptzweck des Theaterstückes liegt. Nur mit dem neuen Dorfe kann und wird der Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft verwirklicht werden.

Hier sehen wir auch den Zusammenschluß der verschiedenen Völker unserer großen Sowjetföderation vor sich gehen. Wer die Volkskunde Rußlands und Asiens studieren will, findet hierzu in der Ausstellung die beste Gelegenheit. Alle Nationalitäten, alle Völker der Sowjetföderation sind vertreten. Nicht nur, daß die Ukraine, Georgien, die Krim, Armenien, Weißrußland, die Tatarische Republik, Turkestan, Aserbeidschan, Abchasien, Kirgisien ihre eigenen Pavillons haben, wodurch sich jeder ein klares, vollständiges Bild über Kultur, Landwirtschaft, Produktion und Volksaufklärung dieser Länder bilden kann; daß weiterhin in diesen Pavillons der Tabak und die Früchte der Krim, die Wolle Turkestans, die Traube Georgiens, die Volkskunst und Volkstracht Kirgisiens und der Tatarischen Republik, die wunderschönen Produkte der Hausindustrie des Fernen Ostens ausgestellt sind und daß auch kaukasische Restaurants, turkestanische Wirtshäuser, östliche Kaffeehäuser nebst Moskauer Konditoreien am Moskau-Ufer eingerichtet sind — es gibt auch ganze Hütten aus Kamtschatka, aus dem Vogul- und Ostjakengebiet, aus den Provinzen der Samojeden mit Einrichtung, sämtlichem Hausgerät und Bewohnern aus den betreffenden Gebieten. Die verschiedensten Völker der Sowjetföderation haben so Gelegenheit, sich hier unmittelbar kennen zu lernen. Hier, an dem Moskau-Ufer, haben sich zwei Weltteile ein Zusammentreffen gegeben. Die Ausstellung ist eigentlich eine internationale Stadt, in der die Vertreter von etwa sechzig oder siebzig Nationalitäten friedlich zusammenleben. Aus Anlaß der Ausstellung soll ein Fest der Völker veranstaltet werden, das den tiefsten Sinn der russischen Revolution — die internationale Solidarität aller Werktätigen — zu sichtbarem Ausdruck bringen wird. Dieses Fest, das alle Völker, alle Nationalitäten der Sowjetföderation im Gefühl der brüderlichen Solidarität vereinigen wird, spielt sich eigentlich schon tagtäglich ab, ohne offiziell gefeiert zu werden. Am letzten Sonntag überstieg die Zahl der Besucher hunderttausend. Unter den Besuchern und Besichtigtern waren alle Völker vertreten, die in der Sowjetföderation leben und schaffen.

Die Ausstellung ist darum auch das Symbol des Zusammenschlusses der Völker.

Wurde schon kürzlich im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Ausstellung darauf hingewiesen, daß sich gerade hier offenbart, welche Möglichkeiten in Rußland bis heute unentdeckt schlummern und zu einem großen Teil durch diese Ausstellung zutage treten — mit anderen Worten: daß Rußland erst entdeckt werden muß —, so wird die Bedeutung dieses Satzes durch folgende Tatsache noch klarer. Genosse Soßnowsky hat einen Arbeiter gefunden, der seit zweiundzwanzig Jahren zwanzig sehr wichtige, wertvolle Erfindungen machte, und der seine Erfindungen nicht verwerten konnte. Jetzt hat dieser Arbeiter — er heißt Nowoschenko — seine Erfindungen im Pavillon des Volkskommissariats für Verkehrswesen ausgestellt. Jetzt wurde also auch dieser Erfinder entdeckt. Ingenieure — ernste, verläßliche Sachverständige — behaupten, daß diese Erfindungen in gewisser Hinsicht bahnbrechend sind. Welche Kräfte, welche Möglichkeiten und Talente schlummern im Schoße der Massen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231017-12/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 14. bis 20. Okt. 150 Mill. Mk., durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Berthensfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 26 Mill. Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 48, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 30 Mill. Mk. | **Mittwoch, den 17. Oktober 1923** | **3. Jahrgang Nr. 243**

Verschärfter Ausnahmezustand in Sachsen

Frecher Vorstoß der Reaktion im Sächsischen Landtag — Die sächsische Landespolizei unter dem Befehl der Reichswehr — Bildung der kommunistisch-sozialdemokratischen Regierung in Thüringen — Hungerdemonstrationen in allen Ecken des Reiches — 24stündiger Generalstreik in Mannheim

(Eig. Drahtm.) **Dresden**, 17. Oktober.

Das Wehrkreiskommando erläßt eine Verordnung, in der es bestimmt, daß alle Befehlshaber der staatlichen und kommunalen Polizeiorgane, insbesondere die der Landespolizeikräfte, der ihm zum Schutze der Republik vom Reichspräsidenten übertragenen vollziehenden Gewalt seinen unmittelbaren Befehle unterstellt werden. Das Wehrkreiskommando droht ferner den sich widersetzenden Polizeibeamten die Amtsentsetzung an.

Im Sächsischen Landtage wurde gestern die Aussprache über die Regierungserklärung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag verhandelt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Wirth erklärte im Namen der VSPD.-Fraktion, daß sie mit der Regierungserklärung einverstanden seien. Die Sozialdemokratie begrüßte ganz besonders den Ruf zur Anspannung aller proletarischen und republikanischen Kräfte, insbesondere aber den Entschluß der KPD. zur Mitarbeit. Die VSPD.-Fraktion verurteilt den verhängten Ausnahmezustand und das Verbot der proletarischen Hundertschaften. Die VSPD.-Fraktion fordert mit allem Nachdruck, daß diese Maßnahmen zurückgenommen werden.

Zwei bürgerliche Abgeordnete schimpften gegen Zeigner und das übrige Kabinett. Während die linken Abgeordneten die deutschnationalen Redner ziemlich ruhig anhörten, konnte der kommunistische Abgeordnete Siewert seine Rede infolge minutenlanger Störung durch die Bürgerlichen nicht ausführen. Im Verlaufe seiner Rede entzog der deutschnationale Vizepräsident nach dreimaligem Ordnungsruf dem Abgeordneten Siewert das Wort. Die Mehrzahl der Abgeordneten erteilten ihm aber die Berechtigung zum Weitersprechen. Er erklärte, daß mit allen Mitteln der Generalstreik vorbereitet werden müsse. Zum Schluß ergriff Ministerpräsident Zeigner das Wort und führte aus: „Die Machtmittel des Staates, das Militär und der Beamtenapparat, hätten versagt. Aus diesem Versagen heraus resultiert der Kampf gegen den Reichswehrminister und deswegen treibe die Sächsische Regierung eine durchgreifende Personalpolitik. Der Ausnahmezustand wende sich nur gegen links. Durch den Entzug der Landes- und Ortspolizei sei der Reichskommandeur Müller zum Herr in Sachsen ernannt. Die Sächsische Regierung aber werde auf ihrem Wege weitergehen. Die Hundertschaften seien im Notzustand hervorgerufen, durch die antirepublikanischen Banden in Bayern notwendig wurden.

Im Verlaufe der Rede wurde Zeigner vom Vizepräsidenten zur Ordnung gerufen.

In den Städten Sachsens und den Betrieben und der übrigen Bevölkerung herrscht eine starke Erregung über das brutale Vorgehen des Reichswehrkommandeurs. Die Hundertschaften blieben trotz alledem auf ihrem Posten. Die Stimmung unter der Polizei ist ebenfalls für die Sächsische Regierung und gegen die Maßnahmen des Reichswehrkommandeurs.

*

Der Weiße General versucht der sächsischen Regierung die Gewalt aus den Händen zu nehmen. Er pfeift selbst auf die Bestimmungen des Ausnahmezustandes, indem er den Zivilkommissar als nicht ernannt betrachtet. In Bayern ist es umgekehrt. Da pfeift der Generalstaatskommissar Kahr auf den Reichswehrgeneral und keine Regierung wagt es, in die bayrische Rebellion einzugreifen. Die Reichsregierung läßt erklären, daß sie „unter allen Umständen dafür Sorge tragen wird, daß die Durchführung verfassungs- und gesetzmäßiger Zustände gewährleistet wird", d. h. mit anderen Worten, sie hat dem Müller die Maßnahmen diktiert, sie hat die Einreihung des „Stahlhelms" in die Reichswehr befohlen, sie führt den Anariff gegen Sachsen und Thüringen, das sich gestern eine kommunistisch-sozialdemokratische Regierung gegeben hat. Offen droht Müller schon den Einsatz von Truppen gegen die proletarischen Hundertschaften an. Für die Arbeiterschaft ganz Deutschlands heißt es jetzt:

Alle Mann an Deck, alle Kräfte angespannt und alle Vorbereitungen zum entscheidenden Abwehrkampf gegen Generalsdiktatur und Stinnes-Programm getroffen.

Die Verzweiflung der Hungernden

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 17. Oktober.

Am Dienstagvormittag gegen 10 Uhr bewegte sich ein Zug von mehreren tausend Erwerbslosen von Neukölln in die Stadt. Während dem Marsch durch die Stadt schlossen sich immer mehr Kurzarbeiter und Erwerbslose an. Sie forderten die Bewilligung einer Wirtschaftsbeihilfe von 10 Milliarden, Brot, Holz, Kohlen und Fett, sowie sofortige Verabreichung von Speisen und Unterbringung der Wohnungslosen. In der Nähe des Rathauses wurde der Weitermarsch, trotzdem die Demonstrierenden auf den Trottoire marschierten, durch Sperreketten der Schutzpolizei aufgehalten. Kaum war die Demonstration zum Stillstand gekommen, knallten die ersten Schüsse. Die Schutzpolizeibeamten gingen in rücksichtsvoller Weise gegen die Demonstranten vor. Die Offiziere aber trieben die Mannschaft mit gezogenem Degen vor.

Bei den Verhandlungen mit den Schutzpolizeibeamten erklärten diese, daß auch ihre Familien Not leiden, die Offiziere von ihnen aber die Aufrechterhaltung der Ordnung durch Anwendung der Waffe fordern.

An den Absperrungsstellen in der Umgebung des Rathauses kam es im Laufe des gestrigen Nachmittags zu Massenansammlungen und teilweisen Durchbrüchen arbeitsloser Frauen und Männer. Hunderte von jungen Mädchen und jungen Leuten sammelten sich vor dem Tor in der Königstraße. Anrückende Verstärkungen vermochten die Masse nur unter äußersten Schwierigkeiten zu zerstreuen. Die meisten der Demonstranten blieben stehen und sagten: **„Verhaften Sie uns nur! Wir haben Hunger! Wir gehen nicht vom Fleck!"** Die Shupo schritt dann in der Tat zu Massenverhaftungen. Ein typisches Bild der Gegend um das Rathaus sind Autos mit Schupoleuten und Dutzenden Verhafteten.

Hungerkrawalle in Leipzig

(Eig. Drahtm.) **Leipzig**, 17. Oktober.

In Leipzig haben Lebensmittelkrawalle stattgefunden. Die Lebensmittelkrawalle wurden durch die hohen Preise, die in den Markthallen verlangt wurden, provoziert. Die Polizei griff sehr scharf zu, ohne aber von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Die Markthallen sind zeitweise geschlossen.

*

Teuerungsunruhen im ganzen Reich

Berlin, 17. Oktober.

auch in Mannheim,

Ortelsburg kam

benfalls die Polizei

ämtlich nicht leben.

chen haben seit drei

!

rstärkt der Geist des

Vampire, die In-

er parlamentarischen

dem Christengott, sie

e kalte, mordende

ere, die am gefüllten

n, höhnen über die

ebener.

jetzt einzeln, lokal

eiterklasse nicht vor

pfer in Berlin. In

ahl von ermordeten

erbslosenfrage durch

rird, nur wenn alle

itionsausschuß ihren

für die Hungernden

olizei in Verbindung

Sie gehen nur An-

gegen die Arbeiter

erbslosigkeit ist eine politische Machtfrage. Die Kräfte, die Demonstrationen der Arbeitslosen müssen dem großen Ziel: **Schaffung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung**, dienen.

Um den Reichs-Betriebsrätekongreß

An die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ADGB., AfA. und ADB.

Werte Kollegen!

Angesichts der ungeheuren Gefahr, in der sich die gesamte deutsche Arbeiterschaft befindet und die auch durch den Aufruf der drei Spitzenorganisationen gekennzeichnet ist, wendet sich der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte an Euch zwecks Herstellung einer gemeinsamen Kampffront gegen die Reaktion.

Aus den verschiedensten Orten und Bezirken liegen Anträge von Belegschafts- und Betriebsräte-Versammlungen, so auch von dem kürzlich stattgefundenen Betriebsrätekongreß Großthüringens, vor zwecks Einberufung eines Reichs-Betriebsrätekongresses. Der Ernst der Situation, in der sich das gesamte Proletariat befindet, fordert, **daß alle revolutionären Kräfte zusammengefaßt werden müssen und zu einer Einheitsfront gegen die Reaktion formiert werden.** Wir wenden uns in der Stunde höchster Gefahr noch einmal an Euch und schlagen Euch vor, **in kürzester Frist mit uns gemeinsam einen Reichs-Betriebsrätekongreß einzuberufen** und von diesem die notwendigen Kampfmaßnahmen beschließen zu lassen.

Wir glauben, nicht besonders auf die Notwendigkeit dieser Maßnahmen hinweisen zu brauchen und ersuchen Euch, uns umgehend Mitteilung über den von uns gemachten Vorschlag zugehen zu lassen.

Mit proletarischem Gruß

Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.

Die Reichsexekutive gegen Sachsen beginnt

Was Bayern tut, ist wohlgetan, so denkt die Reichsregierung. Und sie denkt weiter: was die Generale tun, denen wir die ganze Macht in die Hände gelegt haben, ist gleichfalls wohlgetan. Der Herr General Müller, der Befehlshaber für Sachsen, verbietet die Bildung oder den Zusammenschluß von Aktionsausschüssen, Abwehrausschüssen und allen ähnlichen Organisationen, soweit sie von Arbeitern zum Schutze der Republik gegründet worden sind, und er befiehlt die Ablieferung von Waffen, natürlich nur derjenigen, die sich in den Händen republikanischer Arbeiter befinden. Und was der Herr General Müller für Sachsen anordnet, das befiehlt der nicht minder tüchtige General Reinhardt für seinen Wehrkreis, der nicht nur Thüringen mit Erfurt, sondern auch Hessen-Nassau, Waldeck, Württemberg und Baden umfaßt. Auf einen Zivilkommissar braucht so ein General natürlich nicht zu hören. Es ist ihm dabei sehr gleichgültig, ob zum Beispiel der sozialdemokratische Abgeordnete Meier in Sachsen dazu in Aussicht genommen ist, ob er bereits ernannt wurde oder ob sonst irgendein Strohhalm ihm dabei in den Weg gelegt wird. Die Reichsregierung ist ja längst kirre, und so erklärt sie denn auch mit besonderer Beflissenheit, daß sie den militärischen Befehl auf Auflösung der Hundertschaften für rechtsgültig betrachtet — mag die sächsische Regierung mit noch so gutem Grunde protestieren.

Die Reichsregierung in ihrer gegenrevolutionären Beflissenheit tut aber noch ein Besonderes und erklärt, daß sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Sachsen die Wehrmacht in Sachsen verstärken werde. Die Herren Reichswehrkommandeure haben dies ohnedies schon durch Auffüllung der Kaders mit den Angehörigen der illegalen Verbände, der sogenannten „Schwarzen Reichswehr", in üppiger Weise getan. Man verbietet den sächsisch-thüringischen Betriebsrätekongreß und will nun die Arbeiter zu Paaren treiben.

Das Regierungsblatt, die Stresemannsche „Zeit", kann bereits triumphierend schreiben, daß die „sächsische Sowjetfiliale" nicht geduldet werde und daß die Reichsregierung „keine Auflehnung gegen die Reichsgewalt dulde". Ach, diese Reichsregierung! Sie betont ihr scharfes Eingreifen gegen Sachsen, wo eine Politik im Interesse des arbeitenden Volkes unter keinen Umständen geduldet werden soll und läßt in Bayern alles geschehen, was dort die verfassungswidrige Kahr-Diktatur gegen das Reich, gegen die Republik und gegen das Proletariat unternimmt. Selbst der demokratischen „Vossischen Zeitung" ist dieses Doppelspiel zu bunt. Sie schreibt: „Was Kahr-Bayern billig ist, kann Sowjet-Sachsen (!) nicht verwehrt werden. Wenn ein Vertreter der Reichsgewalt in Sachsen zum Schutze der Rechtsordnung, der Gesellschaftsordnung und der Reichseinheit tiefgreifende Anordnungen trifft, so muß dasselbe Recht auch in Bayern anerkannt werden. Sonst könnten sich Zeigner, Böttcher und Heckert mit Grund beschweren."

Ja selbst der „Vorwärts" kann nicht umhin, sich über dieses Doppelspiel zu entrüsten. Hat er ein Recht dazu? Er setzt eine große Schlagzeile an die Spitze seiner Ausgabe vom Montag abend: „Der Belagerungszustand unhaltbar." Wer hat denn aber den Belagerungszustand verhängt und mit einem Schein parlamentarischen Rechtes umkleidet? Dieselben Sozialdemokraten, die der Reichsregierung der Schwerindustrie und der Militärkamarilla die diktatorische Gewalt in die Hände gespielt haben. Daß jetzt Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und andere Länder, in denen Sozialisten mit regieren, die Folgen des Ausnahmezustandes zu ertragen haben, mag nun der „Vorwärts" einen „unhaltbaren Zustand" nennen, aber er wird seine schwere Mitschuld damit nicht aus der Welt schaffen können, zumal die Sozialdemokratie eben noch die Gelegenheit bewußt durchkreuzt hat, durch Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes eine andere Politik von unten auf zu schaffen.

Seine verräterische Haltung sucht das sozialdemokratische Zentralorgan zu bemänteln, indem es noch heute erklärt, „daß nur der Weg über den Reichsausnahmezustand zu einer Reinigung in Bayern führen könne". Wie aber sieht es damit aus? Kahr-Bayern pfeift auf jegliche Verordnungen der Reichsregierung. Es verhindert nicht nur die Verhaftung der gefährlichsten antirepublikanischen Bandenführer, die Ehrhardt und Roßbach, die nach einem abgekarteten Spiel nach Bayern entweichen konnten, um von dort aus den Aufmarsch gegen die Republik und die Arbeiter zu leiten. Das Reich kann nicht einmal die Abberufung des von ihm selbst Herrn von Kahr an die Seite gestellten Generals von Lossow durchsetzen, der weder gewillt noch in der Lage ist, den bewaffneten Banden Kahrs und Hitlers entgegenzutreten und die angeblich eindeutigen Befehle der Reichsregierung einfach unbeachtet läßt, wie im Falle des verbotenen und dennoch wieder erschienenen „Völkischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231017-12/fragment/page=0007